# Lübecker Volksbote.

**Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.**

**Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.**

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 205. Montag, den 2. September 1912. 19. Jahrg.


**Hierzu eine Beilage.**

## Dummheit oder Bosheit?

In der Parteipresse wird eine Zusammenstellung von Regierungsäußerungen über die Ursachen der Fleischteuerung veröffentlicht, die in ihrer trockenen Aneinanderreihung der Tatsachen so plastisch wirkt, daß wir sie nachstehend wiedergeben:

1905.

Reichstagssitzung vom 30. November. Scheidemann begründet eine sozialdemokratische Interpellation über die Fleischteuerung. Er fordert freie Einfuhr von Futtermitteln, Aufhebung der Vieh- und Fleischsperre.

Landwirtschaftsminister von Podbielski antwortet (Stenographischer Bericht, 1. Band 1905/06, Seite 25). Er schildert den Zustand als vorübergehend und sagt wörtlich: „Ist er dauernd, dann muß er beseitigt werden. Was ich zu sagen habe, geht darauf hinaus, daß ich darlege: die Teuerung und ihre Ursachen sind vorübergehend und deshalb ist in kurzer Zeit eine Änderung der augenblicklichen, wenig erfreulichen Verhältnisse zu erwarten.“

1906.

Reichstagssitzung vom 11. Dezember. Scheidemann begründet eine sozialdemokratische Interpellation über die Fleischteuerung und führt u. a. nach dem Stenogramm aus: „Herr v. Podbielski hat damals (1905) von einer vorübergehenden Erscheinung gesprochen. Das hat ihn allerdings nicht abgehalten, an andrer Stelle öffentlich zu erklären, daß er diese seine Behauptung selbst nicht geglaubt habe.“

Zur Beantwortung Landwirtschaftsminister von Arnim: „. . . Welches sind nun die Aussichten für die Preise der Zukunft? . . . Die Schweinepreise sind in den letzten Tagen um 15 bis 20 Mk. gefallen. . . . . Daß dieser Preisfall von Bestand sein wird, dafür spricht der ganz außerordentlich vermehrte Auftrieb. . . . Damit wäre eigentlich die ganze Fleischnotfrage gelöst. Meine Herren! Ich bin, wie ich schon gesagt habe, der Überzeugung, daß die Viehnot und die Fleischnot gelöst ist. Trotzdem haben es die beteiligten Regierungen für ihre Pflicht gehalten, zu untersuchen, wie Milderung der Kalamität . . .“ (folgt eine Berufung auf die vorausgegangenen Ausführungen Posadowskys, über unwesentliche Maßregeln, Frachtermäßigung usw.)

1907.

Reichstagssitzung vom 25. November. Scheidemann begründet eine sozialdemokratische Interpellation über die Fleischteuerung.

Staatssekretär des Innern von Bethmann-Hollweg antwortet: „. . . Mit dieser Steigerung der Löhne hat naturgemäß auch ein Mehrverbrauch von Lebensmitteln stattgehabt, und erfreulicherweise hat im allgemeinen auch die breiteste Schicht der Bevölkerung die Möglichkeit gehabt, ihren Lebenszuschnitt zu verbessern, wie dies die Zunahme des Fleischverkehrs zeigt. . . . Wir können nicht einer vorübergehenden Erscheinung wegen Maßnahmen ergreifen, wie sie der Herr Vorredner zuletzt vorschlug.“

1911.

Reichstagssitzung vom 23. Oktober. Scheidemann begründet eine sozialdemokratische Interpellation über die Teuerung.

Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg antwortet: „. . . Diesen Angriffen gegen unsere Wirtschaftspolitik werden die Regierungen einen entschiedenen Widerstand leisten. Wie ich wiederholt von dieser Stelle aus erklärt habe, ist für die verbündeten Regierungen das zähe und entschiedene Festhalten unsrer Wirtschaftspolitik Sache wohlbegründeter Überzeugung und wir können uns auch durch die Folgen der diesjährigen Dürre, so beklagenswert sie sind, nicht von einem Wirtschaftssystem abbringen lassen, von dem wir die Überzeugung haben, daß es dem Wirtschaftsleben der Nation zum Segen gereicht habe.“

1912.

„Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 27. August: „. . . Der Ausfall der gesamten Ernte läßt erwarten, daß die Futtermittel und damit die Vieherzeugung wieder billiger werden.

Die heißen Sommermonate sind bekanntlich für die Viehmast die ungünstigsten und infolgedessen in der Regel auch die teuersten Monate. Wenn nun in diesem Jahre die Preissteigerung unter der Nachwirkung der vorjährigen Mißernte ganz besonders groß ist, so gestattet anderseits die starke und rasche Vermehrungsfähigkeit der Schweineproduktion angesichts der diesjährigen guten Ernte die Hoffnung auf eine nicht allzu lang hinausgeschobene Rückkehr zu niedrigeren Preisen.“

Diese aktenmäßigen Feststellungen sprechen für sich selbst. 1905: „Die Teuerung ist vorübergehend.“ 1906: „Die Viehnot ist gelöst.“ 1907: „Eine vorübergehende Erscheinung.“ 1911: „Folgen der diesjährigen Dürre.“ 1912: „Hoffnung auf eine nicht allzu lang hinausgeschobene Rückkehr zu niedrigeren Preisen.“ Angesichts dieses Materials hält es schwer, noch immer an die Gutgläubigkeit der Regierungsvertreter zu glauben, die nunmehr seit sieben Jahren mit papageienhafter Monotonie immer und immer wieder mit den gleichen Argumenten den „Fleischnotrummel widerlegen“. Wenn man sich darauf versteifen wollte, in dieser langen Reihe von „Sachverständigengutachten“ wenigstens ein erfreuliches Moment zu finden, so höchstens in der Erinnerung an den „ollen ehrlichen“ Husarengeneral und Schweinezüchter Pod, der seinerzeit im preußischen Dreiklassenhause gegenüber den „Fleischnotschreiern“ das klassische Wort prägte, daß man von ihm doch nicht verlangen könne, die Wahrheit zu sagen, wenn es gelte, „die Truppen vorwärts zu bringen“. Das war dumm, aber ehrlich. Seinen Nachfolgern kann man nicht einmal dieses kleine Kompliment machen.

## Zur Fleischteuerung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hatte, vermutlich aus Versehen, einer Mitteilung Raum gegeben, wonach in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres in Groß-Berlin allein 5924 Pferde geschlachtet wurden, gegen 4461 Stück im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Unsere Presse hatte daraus die allein richtige Folgerung des steigenden Notstandes gezogen. Das hat eine bürgerliche Korrespondenz veranlaßt zu schreiben:

„Im allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse wird man sogar bedauern können, daß das Pferdefleisch nicht in demselben Maße wie das sonstige Fleisch der Volksernährung dienstbar gemacht wird. Hat doch das Pferdefleisch in Deutschland das ganze Mittelalter hindurch, während man Ochsen- und Schaffleisch als minderwertig verschmähte, neben dem Wildfleisch den Festbraten geliefert und ist nur allmählich, weil es das heilige Tier Wotans war und bis spät in das Mittelalter hinein als Opfertier geschlachtet wurde, in Mißkredit geraten, weil die Kirche mit allen Mitteln diese Reste alten Heidentums ausrottete. Vor dreihundert Jahren noch durfte der Fohlenbraten nicht auf der Festtafel der schwedischen Könige fehlen, und wer heutigentages die Gelegenheit gehabt hat, bewußt Pferdefleisch zu essen, wird bestätigen, daß unsere Altvorderen keine schlechte Zunge gehabt haben, und daß ein guter Pferdebraten an Wohlgeschmack von einem Rinderbraten bei weitem nicht erreicht wird.“

Was der pferdefleischbegeisterte Schmock da erzählt, hat nicht einmal den Reiz der Neuheit, die agrarische Presse hat die Vorzüge des Pferdefleisches schon viel früher gepriesen. Der Braten aus Pferdefleisch, der nach Angabe des Schmocks vor 300 Jahren die Tafel der schwedischen Könige zierte, stammte ganz gewiß nicht von einem abgetriebenen Zugpferd. Wenn heute ein „Schlachtroß“ seinen letzten Gang antritt, dann bedarf es häufig der gütigen Mitwirkung mitleidiger Menschen, um das Tier überhaupt noch lebendig an die Schlachtbank zu bringen. Fleisch von derart abgetriebenen Tieren kann dem Arbeiter nie das an Kraft ersetzen, was er in harter Arbeit ausgegeben hat. Vielleicht wenden sich die oberen Zehntausend nunmehr dem Konsum von Pferdefleisch zu, die Massen würden sich gern mit den Rindern und Schweinen begnügen.

Zur Linderung der Teuerung werden von dem Teuerungsausschuß, der im vorigen Jahre von den städtischen Kollegien in Chemnitz eingesetzt worden ist, in dieser Woche wieder Fischverkäufe veranstaltet werden, dergestalt, daß unter Kontrolle der Stadt Fischeinkauf im großen erfolgt und daß dann zu behördlichen festgesetzten Preisen die Abgabe der Fische mit geringem Aufschlage an die Bevölkerung erfolgt. Maßnahmen zum Bezug von billigem ausländischem Fleisch sind in Vorbereitung; wahrscheinlich wird man darauf zurückkommen, Versuche mit australischem Gefrierfleisch, die im letzten Winter gemacht wurden, zu erneuern. —

In der „Vossischen Zeitung“ antwortet ein Beamter auf die Behauptung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“:

„Die Konsumenten haben trotz hoher Fleischpreise den Konsum nicht eingeschränkt, sondern wie die angeführten Zahlen erweisen, wenigstens in der Gesamtmenge noch weiter gesteigert.“ Wer sind nun eigentlich diese Konsumenten?

Der Privatbeamte führt dazu aus:

„Ich bin Privatbeamter und als solcher auf ein bestimmtes jährliches Einkommen angewiesen, genau so, wie alle staatlichen und sonstigen Beamten. Ich kann daher auch für meine Wirtschaftsführung nur einen bestimmten festliegenden Teil meines Einkommens verwenden, mit dem meine Frau auskommen muß, so gut oder so schlecht es geht. Meine Frau ist daher genötigt, öfter, als es sonst der Fall war, Gerichte auf den Tisch zu bringen, bei denen Fleisch nur wenig oder garnicht gebraucht wird. Wenn dies an und für sich auch kein großes Unglück ist, so erscheint die erwähnte Behauptung der „Nordd. Allg. Ztg.“ doch geradezu als ein Hohn für alle Beamtenfamilien. Aber nicht nur für diese, sondern auch für alle kleinen Gewerbetreibenden und selbständigen Handwerker. Diese leiden unter den Einschränkungen, die sich notwendigerweise die Beamten auch in ihren sonstigen Anschaffungen auferlegen müssen. Mag die „Nord. Allg. Ztg.“ die Konsumfähigkeit dieser Kreise noch so gering einschätzen, so bleibt doch als Tatsache ein geringerer Fleischverbrauch dieses Teiles der Bevölkerung bestehen, nicht aber das Gegenteil.“ —

In Wiesbaden ist die Einrichtung getroffen worden, daß eine Kommission, bestehend aus vier Fleischermeistern und vier Mitgliedern des Magistrats, jeden Monat die Preise für Fleischwaren festsetzt. Zugrunde gelegt werden die auf dem Markt gezahlten Viehpreise unter Hinzurechnung der den Metzgern entstehenden Spesen und eines Verdienstes von etwa 14 Prozent. Bei Nichtinnehaltung der festgesetzten Preise verpflichtet sich die Innung, jedes Mitglied in Konventionalstrafe zu nehmen, während die Innung selbst dem Magistrat bei Nichterfüllung der Verpflichtungen, wie sie im Vertrag stipuliert sind, eine Konventionalstrafe zahlen muß. Der Magistrat dagegen wird auf die Dauer des Vertrages, der vorläufig auf ein Jahr festgesetzt ist, von der Errichtung einer Gemeindeschlächterei und der Einrichtung eines städtischen Fleischverkaufes Abstand nehmen. —

Der Magistrat in Magdeburg hat beschlossen, an den am 7. und 8. Oktober in Düsseldorf stattfindenden Städtetag folgenden Dringlichkeitsantrag zu richten:

„Der siebente preußische Städtetag möge den Bundesrat ersuchen, die Grenzen des Deutschen Reiches für die Einfuhr von Fleisch und lebendem Schlachtvieh aus dem Auslande unter Aufhebung oder Ermäßigung der darauf ruhenden Einfuhrzölle unter Wahrung der vom veterinärärztlichen Standpunkte aus gebotenen Vorsichtsmaßregeln zu öffnen.“

Zugleich wird die Stadt den Seefischmarkt von neuem beleben. —

Der Stadtmagistrat in Frankfurt a. M. hat an die Regierung eine umfangreiche Eingabe gerichtet, in der darauf hingewiesen wird, daß die Preise für sämtliche Viehsorten höher sind als je. Demgemäß sind auch die Fleischpreise gestiegen. In der Begründung heißt es dann: „Die Erregung der Bevölkerung war seither bereits eine sehr große. Nach der erneut eingetretenen Verschärfung der Verhältnisse bei aller Rücksicht auf die Landwirtschaft wird nicht mehr verstanden werden, weshalb den nicht minderberechtigten Interessen der nicht Landwirtschaft treibenden Bevölkerung jedes Entgegenkommen versagt bleibt. Mit weiten Kreisen der Bevölkerung sind wir der Ansicht, daß ohne Schädigung der Landwirtschaft den Verhältnissen in der Weise Rechnung getragen werden könnte, wie dies vom deutschen Städtetag und anderen Instanzen schon vorgeschlagen worden ist. Zum Schluß wird in der Eingabe energisch gefordert, zunächst die Grenzen für lebendes Schlachtvieh zu öffnen, die Erschwerungen für die Einfuhr von frischem Fleisch zu beseitigen und ferner die Einfuhr von gefrorenem Fleisch zu ermöglichen und endlich die Zölle auf Vieh und Fleisch zu ermäßigen oder vorübergehend aufzuheben.“

Diese Eingabe ist sehr bemerkenswert, weil bisher der Magistrat auf einem ziemlich reaktionären Standpunkt in dieser Frage gestanden hat.

Die städtischen Kollegien Flensburgs beschlossen die Einsetzung einer Kommission zur Ermittlung von Maßnahmen gegen die Fleischteuerung. U. a. soll die Kommission sich an die Reichsregierung um Öffnung der Grenzen für die Einführung von Schlachtvieh und um Herabsetzung bezw. Aufhebung der Futtermittel- und Kornzölle wenden.

In der Zentrumsdomäne Aachen ließ sich der Oberbürgermeister Veltman in der letzten Stadtverordnetensitzung über die Fleischteuerung aus, die er als eine Kalamität bezeichnete, zu deren Bekämpfung im Interesse der Volksgesundheit radikale Mittel angewandt werden müssen. In erster Linie käme die Vieheinfuhr aus dem Auslande und unseren Kolonien in Frage.

# Politische Rundschau

## Deutschland.

### Immer vertuschen!

Der Prozeß in Ratibor, der mit der Freisprechung des Amtsrichters Knittel und mit einer kräftigen Niederlage der militärischen Überhebung endete, macht der militaristischen Presse große Kopfschmerzen. Die „Post“ z. B. klagt:

„Die beiden berufensten Hüter unserer staatlichen Ordnung, Vertreter der höchsten staatlichen Autorität, Justiz und Militär, als schroffe Widersacher vor den Schranken des Gerichtes einander gegenüber zu sehen; man muß sich ernstlich fragen, ob von den verantwortlichen Stellen denn alle Mittel und Wege versucht worden sind, dem Volke dieses peinliche Schauspiel zu ersparen. Wobei, wie uns deucht, das Interesse an der gerichtlichen Feststellung, auf welcher Seite das größere Maß der Verschuldung lag, hinter den gebieterischen Forderungen des allgemeinen Staatswohles unbedingt hätte zurückgestellt werden müssen.“

Die Scheu vor der Wahrheit ist bei Organen vom Schlage der „Post“ nichts Neues. Interessant ist nur, daß Zeitungen, die sonst immer Deutschland als den Staat der vollendetsten Rechtsgarantien preisen, so unvorsichtig sind, die Unterdrückung des Rechtes dann zu befürworten, wenn Interessen des Klassenstaates in Frage kommen.

### Die Heeresverwaltung gegen die Koalitionsfreiheit.

Genau wie in Straßburg und in Spandau, so ist nunmehr auch in den Militärbetrieben in Siegburg der Erlaß bekanntgegeben worden, daß der Deutsche Militärarbeiterverband als eine Organisation mit sozialdemokratischen Tendenzen angesehen und infolgedessen jeder Militärarbeiter, der für diesen Verband in Wort, Schrift oder Tat (Mitgliedschaft) wirkt, aus den Militärbetrieben entlassen wird. Die „Rhein. Westfäl. Zeitung“ bezeichnet die Bekanntmachung als einen Erlaß des Kriegsministers. Man darf wohl annehmen, daß das Scharfmacherblatt die Herkunft des Erlasses genau kennt, sodaß also tatsächlich das Kriegsministerium die treibende Kraft der ganzen Aktion ist. In den militärischen Betrieben sind auch Arbeiter beschäftigt, die anderen Verbänden angehören. Es hat den Anschein, als ob die Militärverwaltung ihren Arbeitern direkt verbieten will, sich solchen Organisationen anzuschließen, die auf eine Besserstellung ihrer Mitglieder hinwirken. Angesichts der vielen Tausenden von Arbeitern, die dabei in Frage kommen, wird der Kriegsminister ganz energisch zur Rede gestellt werden müssen. Die Arbeiter, die in den Betrieben der Militärverwaltung beschäftigt werden, sind Zivilarbeiter, die der Militärverwaltung ihre Arbeitskraft verkaufen und zu ihr in keinem andern Verhältnis stehen, als in dem gewöhnlichen des Arbeiters zum Unternehmer. Das Vorgehen der Heeresverwaltung ist krassester Terrorismus, der umso verurteilenswerter ist, als die Mittel, über die die Heeresverwaltung zur Unterhaltung der Betriebe verfügt, aus den Taschen der Allgemeinheit der Steuerzahler fließen.

### Eine ganz besonders fette Zeitungsente

machte vor reichlich vier Wochen die Runde durch die amerikanische Presse. Ein Neuyorker Blatt brachte sie in folgender Form am Freitag, den 26. Juli an der Spitze des Blattes:

London, 25. Juli. Englische, französische und deutsche Arbeiterführer unterhandeln gegenwärtig, um den wahnsinnigen Rüstungen der Großmächte einen Damm entgegenzusetzen und den allgemeinen Frieden durch einmütiges Handeln der organisierten Arbeiter vorzubereiten. Es wurde vorgeschlagen, zuerst politischen Druck auszuüben, und wenn dies keinen Erfolg hat, einen internationalen Generalstreik zu erklären. Der Plan ist zwar noch nicht reif, doch sind gute Anzeichen vorhanden, daß derselbe bald definitive Gestalt nehmen wird.“

Jetzt, Ende August, ist diese Ente glücklich auch in Berlin gelandet; bei den ausgezeichneten Verkehrsverbindungen, die wir haben, hat sie reichlich lange Zeit gebraucht, um den Weg von Neuyork über Köln zur „Vossischen Zeitung“ in Berlin zurückzulegen. Das sonst nicht schlecht unterrichtete Fortschrittsblatt bringt die in London gezüchtete Ente in dieser Form:

„Köln, 31. August. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten). Die internationale Sozialdemokratie unternimmt zur Stärkung ihres Ansehens einen mächtigen Feldzug. Gegenwärtig finden Besprechungen zwischen den Führern der größten europäischen Staaten statt, um bei Ausbruch eines Krieges den Generalstreik zu erklären.“

Die Vossin ist zwar die „königlich privilegierte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen“, das berechtigt sie aber doch noch lange nicht, auf solche haarsträubende Dummheiten hereinzufallen.

### Unschuldsvoll.

Wegen Beleidigung eines konservativen Landrats, aus dem letzten Wahlkampf stammend, ist in Pommern ein fortschrittlicher Redakteur zu 600 Mk. Geldstrafe verurteilt worden. Unschuldsvoll bemerkt dazu die „Konservative Korrespondenz“:

„Wir haben es während des ganzen Wahlkampfes erlebt, daß der Liberalismus überall da, wo er nichts mehr sachlich zu sagen wußte, durch persönliche Angriffe auf angesehene konservative Männer und vor allem durch unbeweisbare Verdächtigungen konservativer Beamter gegen die Konservativen und für sich selbst Stimmung zu machen versucht hat. Wir buchen auch diesen Prozeß als ein weiteres Glied in der langen Kette dieser unvornehmen Handlungen, die uns im übrigen nicht weiter berühren. Denn wir haben soviel Zutrauen zu dem gesunden Sinn unserer Bevölkerung, daß sie solche vergifteten Pfeile zurückfenden wird auf die, welche sie leichtfertig oder böswillig ausgesandt haben.“

Die konservative Vornehmheit ist in der letzten Zeit in einigen Prozessen so trefend beleuchtet worden, daß die Konservativen endlich darauf verzichten sollten, sich immer wieder selbst damit zu vermiesen, daß sie den Wahlkampf vornehm geführt hätten.

### Der Kaiserbahnhof.

Posen, die Provinzialhauptstadt der gleichnamigen Provinz, ist im Jahre 1910 durch Wilhelm II. zur Residenzstadt erhoben worden. Da war es zunächst das Kaiserschloß, im Wartburgstil erbaut, das durch seinen chronischen Mangel an Bewohnern viel von sich reden macht und für 50 deutsche Reichspfennige zu besichtigen ist. Posen hatte nun ein Kaiserschloß, doch den patriotischen Geistern der Ostmark genügte das noch nicht. Sie scheinen bei dem letzten Kaiserbesuch die für sie wenig erfreuliche Wahrnehmung gemacht zu haben, daß bei dem Empfange des erlauchten Landesvaters auf dem Zentralbahnhofe noch nicht für ausreichenden hermetischen Abschluß gesorgt ist. Andere Leute halten allerdings die übertriebenen polizeilichen Absperrungen, die bei dergleichen Angelegenheiten stattfinden, für schikanös und höchst überflüssig. Man entschloß sich, in Posen, gleich dem Potsdamer Muster (Wildparkstation), einen besonderen Kaiserbahnhof zu erbauen. An der Westseite der Zufuhrstraße zum Bahnhof erhebt sich ein alle monarchischen Ansprüche wohl befriedigendes, noch im Bau befindliches Gebäude, auf dem sich eine Fahnenstange mit der kaiserlichen Krone befindet. Das Gebäude selbst ist im villenartigen Stil gehalten und ist wirklich ein Schmuckstück der modernen Baukunst. Der Kaiserbahnsteig ist in einer derartigen Länge gehalten, daß der längste Zug daran stehen kann. Der Zug selbst fährt in eine von beiden Seiten mit Glas abgeschlossene und gedeckte Halle ein. Die hohen Herrschaften sind also vor jeder unangenehmen Berührung mit Wind und Wetter, sowie gewöhnlichen Sterblichen bewahrt. Mag man Wilhelm II. Bahnhöfe bauen, soviel man will, uns könnte es im Grunde genommen gleich sein. Nicht gleich ist es uns aber, wenn man diese Gebäude des Byzantinertums von Geldern ausführt, die zweckmäßigere Verwendung in Interesse der Allgemeinheit, ja, des gesamten Volkes finden könnten und müßten. Die preußische Eisenbahnverwaltung hätte entschieden besser getan, wenn sie für Beseitigung der gröbsten Mißstände auf dem total verbauten Posener Zentralbahnhof besorgt gewesen wäre. Das wäre entschieden nötiger gewesen, als der Bau eines Kaiserbahnhofes, der vielleicht einmal im Jahre benutzt wird.

### Die statistischen Hilfsmittel des agrarischen Schwindels.

Schwindel war schon immer die einzige Antwort der volksfeindlichen Presse, wenn es galt, die nur allzuberechtigten Forderungen der breiten Masse auf Ermäßigung der Lebensmittelpreise und Linderung der drohenden Hungersnot zu beantworten.

Auch diesmal ist's wieder so. Die agrarische Presse weist einfach nach, daß der Fleischverbrauch pro Kopf im Deutschen Reiche in regelmäßiger Steigerung befindlich ist. Und damit holla! Was will der Plebs noch? Nun ist nur das Interessante, daß wir in Deutschland überhaupt keine korrekte Fleischverbrauchsstatistik insofern haben, als die Grundlage all dieser Zahlen, das Gewicht der geschlachteten Tiere, ganz willkürlich geschätzt wird. In welchem Ausmaße das geschieht und zu welcherlei Resultaten das notwendig führen muß, zeigt die nachfolgende kleine Zusammenstellung:

Schätzungen des durchschnittlichen Schlachtgewichtes in Kilogramm.

| | Ochsen und Bullen | Kühe | Jungrinder | Kälber | Schafe | Schweine |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Denkschrift des Landwirtschaftsrates 1906 . . . . | 350 | 250 | 150 | 40 | 22 | 90 |
| Denkschrift zur Finanzreform 1909 . . . . | 280 | 220 | 130 | 40 | 22 | 90 |
| Denkschrift des kais. Gesundheitsamtes 1910 . . . . | 330 | 240 | 185 | 40 | 22 | 85 |
| Amtl. Statistik in Sachsen 1907 . . . . | 284 | 239 | 173 | — | 18—26 | 50 |
| Denkschrift des preuß. Landwirtschaftsministeriums 1905 . . . . | 235 | — | — | 40 | 20 | 80 |
| Amtl. Statistik der Stadt Nürnberg 1911 . . . . | 250 | 165 | — | 33 | 15 | 55 |

Das sind die amtlichen Grundlagen von sechs amtlichen Statistiken! Jede ist anders! Aber alle werden zum Nachweis der Höhe des durchschnittlichen Fleischverbrauches pro Kopf benutzt. Also Vorsicht Genossen, bei gegnerischen Zahlennachweisen!!

### Starke Bevölkerungsverschiebung in Baden.

Nach dem soeben erschienenen Statistischen Jahrbuch für das Großherzogtum Baden verschiebt sich auch in diesem noch vor wenigen Jahren halb agrarischen Bundesstaat das Schwergewicht der Bevölkerung immer mehr vom Land in die Stadt. Dafür zeugen folgende Zahlen: Es betrug die Bevölkerung Badens

| | überhaupt | in den Städten | in den Landgemeinden |
|---|---|---|---|
| 1864 | 1 428 035 | 370 878 | 1 057 159 |
| 1890 | 1 657 867 | 585 828 | 1 072 039 |
| 1910 | 2 142 833 | 1 001 161 | 1 141 672 |

Es wohnten also 1864: 26 Proz., 1890: 34 und 1910: 47 Proz. der Gesamtbevölkerung in den Städten. Ähnlich und zum Teil noch viel deutlicher macht sich das Steuerverhältnis zwischen Stadt und Land geltend. Die Industrie, sowie Handel und Verkehr bringen 61 Proz. der Staatssteuern, die Landwirtschaft aber nur 39 Proz. auf. Gleichwohl verlangt aber die Zentrumspresse stürmisch, daß das platte Land nicht von den Städten „majorisiert“ werde.

### Ein Ordens-Hagelschauer

ist aus Anlaß der Herbstmanöver und der Brandenburger Festtage niedergegangen. Auch eine Anzahl Parlamentarier sind von dem roten Adler ereilt worden, darunter die Fortschrittler Dove und von Liszt, der dicke Oertel von der „Deutschen Tageszeitung“, der freikonservative v. Oertzen und der nationalliberale Antipode Bassermanns Abg. Schiffer.

### Das Wahlgeheimnis.

Neulich ist, wie wir mitgeteilt haben, ein Sozialdemokrat verurteilt worden, weil er eine der bekannten ländlichen „Wahlurnen“ schüttelte, um das Wahlgeheimnis zu sichern. Anknüpfend an diesen Vorfall schreibt der „Berl. Volksztg.“ ein Leser:

„Einige Tage nach der vorletzten Reichstagswahl hatte ich in Ostpreußen, und zwar in den Jagdgründen des Herrn Rogalla von Bieberstein zu tun. In der Ortschaft A. U. ging es im Hotel gar lustig her, die Herren Agrarier aus der Umgegend feierten ihre Siegesfeste und erzählten hierbei mit mehr oder weniger Geschrei ihre Heldentaten. Den Vogel schoß ein verhältnismäßig noch junger Mann ab; dieser erzählte wörtlich: Wir haben unsern „Topp“ oben mit dem Deckel versehen, in dem Deckel war der Einschnitt, und der Topf war so eingerichtet, daß das eingeschobene Kuvert sich nicht verschieben konnte; es mußte unbedingt eins auf das andere fallen. Beim Wahlakt selbst traten nun die Wähler an den Tisch, legitimierten sich und steckten ihren Wahlbrief in den Einschnitt des Topfes. Die Sache war für den Nichtsahnenden vollkommen harmlos, nur daß jemand von dem Wahlkomitee auf einem Bogen Papier einfach jede Person numerierte, und zwar den ersten Wähler mit 1, den zweiten mit 2 usw. Bei Verkündung des Wahlresultats respektive der Stimmenzählung wurde nun der Deckel abgenommen, der Topf vorsichtig umgekehrt, sodaß Wahlbrief Nr. 1 jetzt hübsch oben lag und die andern alle der Reihe nach folgten. Während nun ein Vorstandsmitglied die gewählte Stimme verlas, machte sich der andere hohe Herr bei seinen Zahlen einen Vermerk, wie die betreffende Zahl gewählt hatte und — „so haben wir alle unsere Pappenheimer in unserm Gutsbezirk fein rausgekriegt,“ schloß dieser forsche Herr seine mit der größten Begeisterung aufgenommene Erzählung. Wenn man nun heute liest, daß Leute, die in der Vorahnung oder auch durch Erfahrung gewitzigt, eine derartige Handlungsweise durch einfaches Umschütteln der Urne illusorisch machen, vom Gericht für diese Handlung sogar mit Gefängnis, und zwar wegen „Amtsanmaßung“ bestraft werden, so muß man sich doch fragen, in welcher Weise die vorher geschilderte Tat bestraft werden müßte.“

Sie wird überhaupt nicht bestraft! Die ganze preußische Herrlichkeit ginge ja zum Teufel, wenn die Agrarier nicht mehr bei allem mogeln dürften.

### Ein Rechtsspruch des Zentrums.

Im bayerischen Landtage kam es zu heftigen Debatten bei der Prüfung der Gültigkeit des Landtagsmandats für Regensburg. Die Regierung vertrat den Standpunkt, daß der Zentrumsabgeordnete in durchaus ungesetzlicher Weise gewählt worden sei. Allein das Zentrum hat im Landtage die Mehrheit, von dieser Mehrheit machte man rücksichtslosen Gebrauch, das Recht wurde mit Füßen getrampelt und das Zentrumsmandat für gültig erklärt. Gegen diesen skandalösen Rechtsbruch soll am 5. September in Regensburg eine Protestversammlung stattfinden, die von liberaler Seite einberufen wird, und an der auch die Sozialdemokraten teilnehmen werden. Die unter so eigenartigen Umständen zustande gekommene Wahl hat auch den Magistrat in Regensburg beschäftigt, und der Magistratsrat Weinschenk führte dazu aus:

„Ueber die jüngsten Vorgänge hinsichtlich der Regensburger Landtagswahl in der Abgeordnetenkammer herrsche allenthalben große Erbitterung. Es sei gegen alles Recht ein Mann zum Abgeordneten gewählt, der dazu nicht legitimiert sei. Es herrsche mit Recht eine große Aufregung darüber, daß durch das Vorgehen der Landtagsmehrheit der Schwächere einfach den kürzeren ziehen mußte. Eine gewisse Gerechtigkeit wäre vom Zentrum nur dann geübt worden, wenn es noch einmal an die Wähler appelliert hätte; davor aber habe es Angst gehabt.“

Praktisch wird durch diese Protestaktion an der Sache natürlich nichts geändert; denn der Zentrumsabgeordnete wird sich hüten, auf sein Mandat zu verzichten. Aber der Vorfall ist so recht geeignet, drastisch nachzuweisen, daß beim Zentrum der Grundsatz gilt: Macht geht vor Recht!

## Türkei.

**Zur Lage.** Die Mitteilungen der Pforte, wonach in Albanien Ruhe herrsche, entbehren jeglicher Grundlage. Ganz Albanien befindet sich in Anarchie. Die Ausschreitungen nehmen immer schlimmere Formen an. Ein aus Ipek einlangendes Schreiben bezeichnet die dortigen Zustände als schlimmer denn je. — Ein Teil der aufständischen Malissoren ist wieder über den Matifluß zurückgedrängt worden und hat sich in nördlicher Richtung verzogen. Die geflüchtete Bevölkerung beginnt, wieder in die Dörfer zurückzukehren. — Die Behörden von Kafadar melden, daß in zwei benachbarten Ortschaften große Mengen von Bomben und Sprengstoffen angehäuft sind. Es sind zwei Gendarmerieabteilungen dorthin entsandt worden. — Vom bulgarisch-revolutionären Komitee wird allgemein Stimmung für die Autonomie gemacht. Das Komitee sucht durch Verteilung zahlreicher Drohbriefe an die wohlhabende Bevölkerung Mittel für die Bandenbewegung aufzubringen.

In einem halbamtlichen Communiqué über das Ergebnis der Untersuchung der Ereignisse in Kotschana wird zugegeben, daß einige nicht festgestellte Soldaten mehrere Bulgaren geschlagen haben, dagegen die Beteiligung von Polizisten an den Angriffen in Abrede gestellt. Eine Plünderung hat tatsächlich stattgefunden, ihre Urheber seien aber unmöglich festzustellen. Infolge der Bombenexplosionen seien 26 Personen umgekommen, darunter 19 Bulgaren. Einundzwanzig Personen seien während der Tumulte getötet, dreißig Mohammedaner und fünfzehn Bulgaren verwundet worden. Sechzehn Personen seien als mutmaßliche Urheber der Anschläge und der Morde verhaftet

# Aus Lübeck und Nachbargebieten.

**Montag,** den 2. September.

**Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins,** welche morgen abend im Gewerkschaftshaus stattfindet, wird die zum Parteitag gestellten Anträge einer Besprechung unterziehen. Wie unsere Genossen aus dem „Lübecker Volksboten" ersehen haben, ist in diesem Jahre die Zahl der Anträge außerordentlich groß, was ja in Anbetracht der Wichtigkeit und Vielseitigkeit der vorgesehenen Arbeiten des Parteitages durchaus verständlich ist. Die Mitglieder werden deshalb ersucht, morgen abend recht vollzählig in der Versammlung zu erscheinen.

**Die Genossenschaftsbücherei und Lesehalle** ist vom 1. September ab werktäglich von 4 Uhr nachmittags bis abends 9½ Uhr geöffnet.

**Achtung, Werftarbeiter!** Auf der Bootswerft von Schlichting in Travemünde haben die Schiffszimmerer, Tischler, Schlosser, Schmiede und Dreher wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt. Der Zuzug ist streng fern zu halten. Das Streikkomitee.

**Achtung, Gewerkschaftsführer!** Heute Montag, Dienstag und Mittwoch.

**An die organisierte Arbeiterschaft Lübecks!** Der Agitationsleitung ist es gelungen, wiederum in Lübeck die meisten Glaser der Organisation zuzuführen. Durch die Einzelarbeitsweise dieses Berufes und infolge des Zuzuges aus der Provinz ist es schwer, diese Organisationsverhältnisse auf die Dauer festzuhalten. Wir richten deshalb an die gesamte organisierte Lübecker Arbeiterschaft, besonders aber an die Bauarbeiter die Bitte, uns in unseren Organisationsbestrebungen dadurch zu unterstützen, daß sie, wo es auch sei, sich von den Glasern die eingeführte grüne Kontrollkarte vorweisen lassen. Glaser, die nicht im Besitze dieser abgestempelten Karte sind, gehören bis jetzt unserer Organisation nicht an und bitten wir an Joh. Eggers, Stavenstraße 33, zu verweisen, wo sie jederzeit ihren Beitritt erklären können.

Die Agitationsleitung
des Zentralverbandes der Glaser Deutschlands.
A. Müller
Hamburg, Besenbinderhof 68 II.

**Sanft entschlafen** ist am Sonnabend nach langem Todeskampf das „unabhängige Organ der fortschrittlichen Volkspartei und Publikationsorgan des Ortsverbandes Lübeck deutscher Gewerkvereine (H.-D.)", das „Lübecker Tageblatt", ehemaliger „Stadt- und Landbote". Eigentlich gelebt hat dieses „linksliberale" Blatt, das nebenbei im rückständigsten Kriegervereinsfahrwasser segelte, überhaupt nie, trotz seiner hochklingenden Untertitel und seiner am Kopfe prangenden Behauptung, daß es ein „weitverbreitetes Anzeigenblatt" sei. Es vegetierte nur und erschien fast gänzlich unter Ausschluß der Oeffentlichkeit; deshalb wird es auch wohl von ganz wenigen vermißt werden. Aber für den Niedergang und Verfall des lübschen Fortschritts, dessen offizielles Organ das „Tageblatt" war, ist sein Eingehen doch ein bemerkenswertes Zeugnis.

**Vom Sedanrummel,** bestehend in Straßendemonstrationen der Kameraden, Konzert und Ball, ist auch in diesem Jahre Lübeck nicht verschont geblieben. Nur konnte man beobachten, daß das Interesse daran bedeutend nachgelassen hat. Das Bestreben der Hurrapatrioten, die unter Geschimpfe auf die angeblich vaterlandslose Sozialdemokratie das Sedan-Schlachtfest zu einem Nationalfeiertag stempeln möchten, findet im breiten Volke absolut keinen Boden. Im Gegenteil. Die breiten Massen erblicken in der Verherrlichung dieses traurigen Gedenktages einer der mörderischsten Schlachten des deutsch-französischen Krieges einen bedauerlichen Mangel an Gefühl und Gemüt. Das deutsche Heer hatte bei Sedan zirka 9000 Mann an Toten und Verwundeten verloren, auf französischer Seite betrug der Verlust an Toten und Verwundeten 17 000 Mann. Über 25 000 junge, blühende Menschenleben sind also an diesem einen Tage auf dem Schlachtfeld niedergemäht worden. Das Gemetzel, angerichtet durch furchtbares Granatenfeuer, war von der entsetzlichsten Art, so daß wahrheitsgetreue Schilderungen der Schlacht von jedem nicht gänzlich verrohten Menschen nur mit Grauen gelesen werden können. Dennoch will man heute noch „veredelnd" auf die Jugend wirken, indem man ihre patriotische Begeisterung durch Erinnerungen an den Tag von Sedan zu erwecken sucht. Das kann aber nur geschehen durch Fälschung geschichtlicher Tatsachen und durch bewußte Irreführung des sittlichen Gefühls. Man beruft sich darauf, daß die Sedanfeier nicht der eigentlichen Schlacht, die am 1. September stattfand, sondern der Gefangennahme des französischen Kaisers, die tags darauf erfolgte, gelten sollte. Damit beweist man aber nur, daß man sich des schweren Unrechts, einen blutigen Schlachttag als nationales Freudenfest zu begehen, wohl bewußt ist, daß man sich aber nicht schämt, ihn unter anderm Vorwand dennoch zu feiern. Die Formalitäten, die am 2. September 1870 bei Sedan zwischen den beiderseitigen „Staatsmännern" abgemacht wurden, verschwinden als Komödienspiel hinter dem furchtbaren Ernst des großen Trauerspiels vom 1. September. Sie können unmöglich das Gedenken daran auslöschen, daß an diesem Tage viel Tausende von Familien ihr Liebstes durch den Krieg verloren haben und daß Abertausende für ihr ganzes Leben unglücklich wurden. Das Lob der Kriegsveteranen, die das siegreiche Deutsche Reich langsam verhungern ließ, ist auch ein zu brennender Schandfleck, als daß er durch noch so begeisterungstriefende Sedanfestreden ausgetilgt werden könnte. Zu nichts liegt also weniger Veranlassung vor als zur Siegesfreude am Sedantag. Den „Festrednern" auf diesen hyperpatriotischen „Feiern" möchten wir aber raten, als Thema die Notlage der Veteranen,—das Verhungern einzelner solcher armer Menschen und die „Wohltaten" der Veteranenbeihilfe, wie wir schon oft zu kritisieren Gelegenheit hatten, ihrer „Rede" zugrunde zu legen. Das dürfte den feuchten Patriotismus noch ganz bedeutend erhöhen. Aber die Jugend, vor allem unsere Arbeiterjugend, muß vor dem verblödenden und verrohenden Einfluß des Sedanrummels geschützt werden. Das geschieht am besten, indem man sie über die wahre Bedeutung des Sedantages aufklärt und sie ermahnt, sich an den Sedangebräuchen nicht zu beteiligen.

**Zu Ferdinand Lassalles Gedächtnis** hatte der Sozialdemokratische Verein am Sonnabend abend im Gewerkschaftshaus eine Feier veranstaltet, die sich eines außerordentlich starken Besuches erfreute. Der große Saal, der im hellsten Lichterglanze erstrahlte, vermochte die Menge der Festteilnehmer kaum zu fassen. Auf der Bühne war eine Büste unseres großen Vorkämpfers aufgestellt. Das Haupt schmückte das dunkle Grün eines schlichten Lorbeerkranzes. Pünktlich um 8½ Uhr begann das Konzert. Nachdem der Arbeitersängerbund Uthmanns „Sturm" und „Liebeslust" unter der anfeuernden Leitung des Herrn Sulanke zum Vortrag gebracht hatte, erfreute Herr Oberregisseur Brunow die Erschienenen durch Rezitationen ernster und heiterer Dichtungen, die für seine Meisterschaft in der Vortragskunst Zeugnis ablegten. Stürmischer Applaus zwang den vortrefflichen Künstler zu einer ganzen Anzahl von Zugaben. Im zweiten Teil des Programms war neben Rezitationen, Gesangs- und Musikvorträgen auch die Gedächtnisrede vorgesehen. Genosse Dr. Schlomer schilderte in formvollendeten gedankenreichen Ausführungen das Leben und die Verdienste Lassalles um die Arbeiterschaft. Sehr beifällig wurden, ebenso wie die übrigen Darbietungen, auch die von Frl. Brenner sehr hübsch ausgeführten Xylophonvorträge aufgenommen. Um Mitternacht wurde die aufs beste verlaufene Feier, die wohl jeden Teilnehmer befriedigt haben wird, mit den begeisternden Klängen des Sozialistenmarsches geschlossen.

**Die Fahrt des Zeppelin-Luftschiffes „Hansa"** von Hamburg nach Lübeck und Travemünde ging gestern „fahrplanmäßig" vor sich. Morgens 7½ Uhr stieg das Luftschiff „Hansa" bei diesigem Wetter mit 14 Passagieren in Hamburg unter Führung von Ingenieur Dürr nach Lübeck auf. Kurz vor Lübeck klarte das Wetter auf. Lübeck wurde um 8½ Uhr erreicht. Auf dem Landungsplatz hatten sich viele Tausende versammelt; doch ging die Fahrt erst nach Travemünde und von dort weiter auf See hinaus. Mit den ausfahrenden Dampfern wurden die üblichen Flaggengrüße gewechselt. Das Schiff ging bis auf 25 Meter nieder und überholte mehrere Dampfer. Um 9 Uhr 31 Minuten schickte sich die „Hansa" auf dem Landungsplatz bei Carlshof zur Landung an, die sehr glatt erfolgte. Um 9 Uhr 55 Minuten stieg die „Hansa" mit 15 Passagieren zu einer Rundfahrt über die Lübecker Bucht auf. Um 11 Uhr 27 Minuten war wieder Travemünde passiert, und um 12 Uhr 12 Minuten erfolgte die Landung. Die Rückfahrt wurde mit 14 Passagieren 12 Uhr 30 Minuten angetreten. In direkter Luftlinie ging die Fahrt über Oldesloe, Bargteheide nach dem Flugplatz Fuhlsbüttel. Die weiße Flagge zeigte aber, daß die Fahrt noch weiter ausgedehnt werden sollte. Der Führer, Herr Dürr, wollte seinen Passagieren noch die schönen Elbufer zeigen, und die „Hansa" fuhr über den Hafen bis nach Blankenese. Um 2 Uhr 45 Minuten erfolgte die Landung auf dem Flugplatz Fuhlsbüttel. 2 Uhr 55 Minuten lag das Schiff in der Halle.

pb. **Verhaftungen.** Ermittelt und festgenommen wurde ein hier zugereister Bäckergeselle aus Stry dstrupfeld, der dringend verdächtig ist, einem Arbeitskollegen verschiedene Wertgegenstände sowie Legitimationspapiere gestohlen zu haben. — Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Nimkau, der einen vor der Tür eines Trödlers hängenden Jackett-Anzug gestohlen hatte.

**Im Hansa-Theater** tritt seit gestern abend eine neue Künstlerschar auf, die sich im Fluge die Gunst des Publikums eroberte. Es sind durchweg wirklich Attraktionen ersten Ranges, welche die Direktion herangezogen hat. Daß den verschiedensten Darbietungen der rauschende Beifall des stark besetzten Hauses zuteil wurde, ist deshalb ebenso erklärlich wie berechtigt. Wir kommen morgen noch auf die einzelnen Nummern des Programms zurück.

# Auf zum Kampf gegen die Hungerpolitik!

Am **Montag, dem 9. September,** findet im Gewerkschaftshaus eine

## große Volksversammlung

statt, die sich mit der herrschenden

## Lebensmittelteuerung

beschäftigen wird. Referent ist

## Reichstagsabgeordneter Ad. Thiele

**aus Halle.**

**Parteigenossen! Arbeiter!**
**Sorgt für einen Massenbesuch!**

**Kinderschutzkommission.** Unsere Kommission hat sich neu konstituiert und zu ihrem Vorsitzenden den Genossen F. Rieckhoff-Gloxinstr. 5a I gewählt. Die übrigen Mitglieder sind:

1. Frau Mehlis, Gr. Bauhof 7.
2. „ Burmeister, Böttcherstr. 13.
3. „ Riendorf, Düvekenstr. 14.
4. „ Henze, Warendorpstr. 66 II.
5. „ Schlomer, Schwartauer Allee 96.
6. „ Faeckstat, Warendorpstr. 1/3, I.
7. „ Kleinfeldt, Glandorpstr. 8 I.
8. „ Engel, Elswigstr. 24 a. part.
9. „ Hans, Elswigstr. 5a.
10. „ Steinfadt, Marlistr. 82.
11. „ Nehlsen, Kottwitzstr. 15.
12. Arbeitersekretär F. Mehrlein, Johannisstr 48.
13. Gewerkschaftsbeamter H. Radden, Johannisstr. 48.

Alle Fälle von Kinderausbeutung, Vernachlässigung und Mißhandlung melde man den Mitgliedern der Kommission, insbesondere dem Vorsitzenden.

Die Kinderschutzkommission.

**Moisling.** Unsere Lassallefeier, die am Sonntag abend in Schreibers Kaffeehaus stattfand, erfreute sich eines außerordentlich guten Besuches. Die Darbietungen des Arbeiterturnvereins, die Vorträge des Arbeitergesangvereins und die Gedächtnisrede des Genossen Bromme lösten starken Beifall aus. Die Teilnehmer blieben bis in die späten Nachtstunden zusammen.

**Mölln.** Einbruchsdiebstahl. In der Nacht zum Freitag wurde bei dem Uhrmacher Soltwedel in der Bahnhofsstraße ein dreister Einbruchsdiebstahl ausgeführt. Die Diebe nahmen vier Kasten mit Uhren, gingen damit ins Hinterzimmer und leerten die Kasten dann vollends aus, hatten sich bei ihrer Auswahl sogar die Lampe angezündet. Die in den Schubfächern lagernden Uhren haben die Diebe unberührt gelassen. Im ganzen fehlen 70—80 Uhren. Die Diebe haben dann auf demselben Wege, den sie gekommen waren, nämlich durch den Garten, auch das Haus wieder verlassen, und sind dann mit einem Boot, das sie sich für diesen Zweck angeeignet hatten, über den Stadtsee nach dem Bahndamm gefahren und so entkommen. Ein aus Lübeck requirierter Polizeihund fand am Bahndamm zwar die Fährte der Diebe, konnte ihre Spur aber nur bis zum Bahnhof verfolgen. Das Boot, mit dem sie über den See fuhren, trieb auf dem Stadtsee. Wie nachträglich gemeldet wird, sind die Uhrendiebe in Ratzeburg schon festgenommen.

**Hamburg.** Ein tödlicher Unfall ereignete sich auf dem Neubau des Warenhauses von Poetsch am Schulterblatt. Infolge eines Fehltritts stürzte der im vierten Stockwerk arbeitende Zimmermann Schaper aus Wandsbek in die Tiefe und brach das Genick. Die Leiche wurde ins Hafenkrankenhaus geschafft. — Leichenfund. In der Wohnung des amtierenden Pastors am staatlichen Waisenhause wurde die Leiche eines neugeborenen Kindes aufgefunden. Die Mutter des Kindes ist eine Dienstmagd des Pastors, die ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Bisher ist sie noch nicht vernehmungsfähig.

**Hamburg.** Schwere Anklagen gegen die Hamburger Fleischbeschau. In Nr. 34 der Deutschen Schlacht- und Viehhof-Zeitung veröffentlicht der frühere Hamburger Polizeitierarzt Dr. Hermann Werner einen Aufsehen erregenden Artikel, der schwere Anklagen gegen die Handhabung der Fleischbeschau in Hamburg enthält. Während ein Sachverständiger berechnet hat, daß in einer Untersuchungszeit von sechs Stunden 52 Rinder, 120 Schweine oder 240 Kälber untersucht werden können, müssen die Hamburger Tierärzte nach den Ausführungen Werners in dieser Zeit 400 Schweine untersuchen, ja, vereinzelt ist es schon auf 700 Schweine gekommen. Bei Rindern liegt die Durchschnittszahl bei 100 Tieren, bisweilen aber werden 150 bis 180 untersucht. Dr. Werner schreibt in seinem Artikel wörtlich: „Die Zustände verstoßen gegen die einfachsten Gesetze der Hygiene. Die zu den betreffenden Tieren gehörenden Eingeweide lassen sich nur mutmaßlicherweise feststellen. In der Schweinehalle hängen die Herzschläge (Geschlinge) in bunter Reihe durcheinander; es kommt sehr oft vor, daß an einem Haken 10 bis 15 Herzschläge hängen, die dazu gehörigen Schweine herauszufinden, ist ein Preisrätsel. Die Därme sieht der untersuchende Tierarzt überhaupt nicht, da sie vor der Untersuchung massenhaft in einem großen Karren gesammelt und in die Kuttelei gebracht werden. Ich möchte nur wissen, wieviel tuberkulöse Därme, Lebern und Lungen bei diesem Betrieb in den freien Verkehr kommen!" Noch bedenklicher schildert Dr. Werner die Zustände in der Rinderhalle. Er schreibt hierüber wie folgt: „Die für die Untersuchung so wichtigen Lymphdrüsen des Darmkanals und des Euters, ferner der Gebärmutter (unter Umständen mit jauchiger Entzündung behaftet), die Milz (Milzbrand!) Köpfe (Finnen!) bekommt der Tierarzt normalerweise überhaupt nicht zu sehen, geschweige denn kann er die Zugehörigkeit feststellen. Ich selbst habe tuberkulöse Darmlymphdrüsen gefunden, zu welchem Tier aber der Darmkanal gehörte, war einfach unmöglich festzustellen. Nach erfolgter Untersuchung werden die Organe (Lungen, Leber, Herz) oft auf den Boden geworfen und bleiben dort im Kot und in den Abflußwässern liegen." — Soweit die Ausführungen des Artikels. Sache der zuständigen Hamburger Stellen wird es nun sein, die Angaben Dr. Werners nachzuprüfen und für schleunigste Abhilfe zu sorgen.

**Neumünster.** Großfeuer. Sonnabend nacht 3½ Uhr brach in dem sogenannten alten Gebäude der Chr. Fr. Köster-schen Tuchfabrik Feuer aus, das alsbald auch das neue Fabrikgebäude ergriff. Die gesamten Fabrikanlagen, mit Ausnahme des Kontorgebäudes und des Maschinenhauses, sind ein Raub der Flammen geworden und bis auf den Grund niedergebrannt. Der Schaden ist ganz beträchtlich, da die gesamten Einrichtungen und wertvollen Maschinen vernichtet sind. Er wird auf 1½ Millionen Mark angegeben, die von der Norddeutschen Versicherungsgesellschaft zu decken sind. Die angrenzende Simon'sche Tuchfabrik schwebte längere Zeit in Gefahr, ebenfalls von den Flammen ergriffen zu werden, konnte aber glücklicherweise gerettet werden. Die Firma Chr. Fr. Köster beschäftigte über 300 Arbeiter, di cnun brotlos sind.

**Stade.** Der „Imperator" und die Eisenbahn. Die Eisenbahndirektion in Altona hat sich entschlossen, den Hauptbahnhof Stade zu erweitern. Der Grund ist nicht etwa gesteigerter Personen- oder Güterverkehr auf der Station Stade; denn der Bahnhof Stade ist von vornherein so angelegt, daß er auf lange Zeit hinaus auch einem gesteigerten Verkehr genügen würde. Die Ursache der Erweiterung ist vielmehr der neue Ozeanriese der Hamburg-Amerika-Linie, der Riesendampfer „Imperator". Die Passagiere der Ueberseedampfer der Hamburg-Amerika-Linie werden teils durch kleine Elbdampfer, meist aber durch Sonderzüge, sogenannte „Amerikaner" auf der Unterelbischen Bahn nach Cuxhaven zur Einschiffung auf den Ozeandampfer befördert. Der Zugverkehr auf der Unterelbischen Eisenbahnstrecke wird durch die „Amerikaner", besonders in der Hauptreisesaison, sehr stark erhöht. Stade bildet nun auf der Strecke Hamburg-Cuxhaven und auch umgekehrt meist die Ausweichstation für eventuelle Gegenzüge oder der fahrplanmäßige Zug muß hier den „Amerikaner" vorfahren lassen. Mit der Zeit hat dieser Auswandererverkehr sich störend bemerkbar gemacht. Und die Störung würde jedenfalls noch größer werden in Zukunft, wenn man bedenkt, daß zur Beförderung der Passagiere für einen Ueberseedampfer der jetzigen Größe drei Sonderzüge nötig sind, daß aber der Riesendampfer „Imperator" infolge seiner räumlichen Ueberlegenheit eine Passagierzahl aufnimmt, zu deren Beförderung sieben Sonderzüge erforderlich sein werden. Die Erweiterung des Bahnhofes ist in der Weise beschlossen, daß an der Südseite, an der Camper Seite ein neues Gleis gelegt wird, das an den „Amerikaner"-Tagen den Verkehr von und nach Bremervörde-Geestemünde übernimmt, der jetzt auf dem dritten Geleise vor sich geht. Dies Gleise würde dann frei bleiben für den Sonderzugverkehr, wodurch das störende Zurückfahren und Warten der fahrplanmäßigen Züge vermieden würde. Weiter soll dann auch der jetzt zu den Zügen nach Bremervörde und Hamburg führende Tunnel weiter durchgebrochen und ausgebaut werden bis zu dem neuen Gleise. Die Durchführung dieser Erweiterungspläne erfordert einen Kostenaufwand von etwa 70 000 Mark. Die Erweiterungsbauten sollen April 1913 beendet sein.

# Väter und Mütter der Arbeiterschaft!

**Schickt eure schulentlassenen Söhne und Töchter zu den Veranstaltungen**

## der freien Jugend Lübecks!

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

**Sophie Pauls**
**Louis Kröger**
Verlobte. (2971
Lübeck, den 1. September 1912.

**Luise Stau**
**Adolf Hack**
Verlobte. (2979
Lübeck, den 1. September 1912.

**Minna Schulze**
**Hermann von Döhren**
Verlobte. (2975
Lübeck. Husum z. Zt. Lübeck.

Plötzlich und unerwartet starb am Freitag nach kurzem schweren Leiden unsere innigstgeliebte Tochter **Anita** im zarten Alter von 5 Monaten. Tiefbetrauert und schmerzlich vermißt von ihren Eltern, Groß-, Urgroßeltern und allen, die ihr nahe standen. **M. Timmermann u. Frau**
2970) **Helene** geb. **Köster.**

Am 31. August 1912, morgens 9¾ Uhr, verstarb nach schwerem Leiden meine liebe Frau u. meiner Tochter gute Mutter

## Katharine Putensen

im frühen Alter von 40 Jahren. Im Namen ihrer Mutter, Schwiegermutter, ihres Bruders und ihrer Schwägerin (2969
**Heinrich Putensen.**
Die Trauerfeier findet am Dienstag, dem 3. Sept. cr., nachm. 3¾ Uhr, in der Kapelle Vorwerker Friedhof, die Beerdigung um 4 Uhr statt.

Gut möbliertes **Zimmer** zu vermieten, passend für zwei Herren.
2972) Geverdesstr. 52, II.

Gesucht zum 1. Oktober eine
**2-Zimmer-Wohnung**
mit Zubehör. Angebote unt. **P P** an die Exped. d. Bl. (2989

Gesucht **eine alte Frau** tagsüber bei 2 Kindern.
2981 Werderstraße 21, II.

**Suche Herrenwäsche zu waschen Petzerstr. 6.** 2976

**Eine hölz. oder eiserne Kastenkarre** zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis unter **K P 23** an die Exped. dies. Blatt. erb. (2985

**Ein dunkelbl. Kinderwagen**
mit Nickelgestell u. Gummireifen zu verk. (2986) Glandorfstr. 10, II.

**Damen-Mantel, schw. Jackett** und **Winterhut** billig zu verkaufen.
2982) Geverdesstr. 56, II.

**Plüschgarnitur, Tisch, Vertiko, Schlafzimmer-Einrichtung,** auch einzelne **Mobilien** billig zu verk.
2983) Johannisstraße 70, I.

Billig zu verkaufen 2 fast neue **Petroleumkocher,** 2 flammig
2977 Gerberstr. 8b, b. I. Lobbg.

Verloren am Sonntag eine gold. **Halskette** mit Anhänger. Bitte abzugeben
2978 Petzerstraße 14a.

**Zahle** für Haushaltslumpen per Pfd. 4 Pfg. Auf Wunsch werden dieselben abgeholt. Bitte Bescheid. Postkarte genügt. (2980
**E. Sunau,** Kl. Gröpelgrube 10, I.

**Rechnungs-Formulare**
werden hergestellt in der
**Buchdruckerei des Lüb. Volksboten.**

**Vereinigte Butterhändler**
von Lübeck und Umgeg.

**Allerfeinste Meiereibutter**
kostet Pfd. **1.50** Mk. (2984

**Johs. Freyholz**
Aparte Geschenke
für alle Feste,
**Geburtstage, Verlobungen, Hochzeiten, Jubiläen etc.**
Kegel- und Schießpreise,
**Sportprämien,** (2154
Vereinsgewinne,
**Reise-Erinnerungen.**
Stets Neuheiten für Luxus und Gebrauch.
**Breitestr. 53**

Folgende Gaben: Frau Dr. G. Mk. 36, Frau Senator Dr. E. 6, Bürgermeister Dr. L. 10, Herr Sch. sen. 5, Herr Sch. jun. 3, Herr Dr. P. 10, Frl. Th. R. 20, Klasse IV d. I. Mädchen-Mittelschule 6, Frau P. S. 12, Konsul H. 200, II. und IV. Klasse der Mädchen-Mittelschule 6, Frau H. B. 5, von der Rechtsauskunftsstelle überwiesen 50, Prof. St. 6, M. B. 5, M. B. 20, W. B. 20, N. N. 5, N. N. 3, N. N. 20, St. W. 10. St. O. 5, Dr. B. 10, Frau Dr. G. 10, M. G. u N. N. 5, A. St. 6, überwiesen 73, F. B. 16, Gräfin B. 3, Senator Dr. K. 10, Konsul D. 3, Senator K. 10, Dr. Pr. 2, Frau N. 3, C. B. S. 4, W. H. 5, Herr Gr. 10, Vaterländischer Frauen-Verein 50. Zuwendung 80, N. N. 3, v. Lu. 12, Dr. H. 3, Zuwendung 50, Gaedertz-Stiftung 300 Mk. erhalten zu haben, bescheinigt mit herzlichem Dank

**Der Ausschuß**
2973 **für die Milchkolonie.**

**Hansa-Theater.**
**Lübecks Sensation!**
**Suro Vodoo**
die indische Nackt- und Schlangentänzerin
2987) und
**10 phänomenale Attraktionen.**
Um 11 Uhr: Kabarett.
Auftreten neuer Kräfte.
Entree frei. Entree frei.

# Konsum-Verein für Stockelsdorf und Umgegend. (E. G. m. b. H.)

**Bilanz am 30. April 1912.**

| Aktiva | Mk. | Mk. | ₰ | Passiva | Mk. | ₰ |
|---|---|---|---|---|---|---|
| An Kassenbestand | | 2803 | 32 | Per Mitglied.-Guthaben | 3824 | — |
| „ Warenbestand | | 10682 | 36 | „ do. Zinsen | 152 | 96 |
| „ diverse Debitoren | | 1647 | 42 | „ Spareinlagen | 5261 | 15 |
| „ ein Debitor | | 483 | 87 | „ do. Zinsen | 277 | 02 |
| „ Fastagen | | 105 | — | „ noch zu zahlende Zinsen | 78 | 33 |
| „ Wechselgeld | | 215 | 25 | „ Kreditoren | 1870 | 85 |
| „ Geschäftsanteil beim Stockelsdorfer Kreditverein | | 385 | 25 | „ Hypotheken-Konto | 8000 | — |
| „ Geschäftsanteil G. E. G. | | 413 | 30 | „ Kautions-Konto | 1400 | — |
| „ Grundstücks-Konto | 9259,53 | | | „ Sterbefonds | 654 | 94 |
| 2% Abschreibung | 185,19 | 9074 | 34 | „ Reservefonds | 2133 | 78 |
| „ Inventar-Konto | 928,76 | | | „ Reingewinn | 4406 | 53 |
| 15% Abschreibung | 139,31 | 789 | 45 | | | |
| „ im voraus gezahlte Miete | | 60 | — | | | |
| „ Kautions-Konto | | 1400 | — | | | |
| | | 28059 | 56 | | 28059 | 56 |

**Der Vorstand: Fr. Kopreit. E. Gerhardt. H. Martens.**

Vorstehende Bilanz ist mit den Büchern und Belegen verglichen und mit denselben übereinstimmend befunden worden.

Stockelsdorf, den 18. Juli 1912.

2974 Die Revisoren: **Heinr. Hahmeier. Fried. Kopreit. H. Peters.**

**Mitglieder-Bewegung.**

| | | |
|---|---|---|
| Bestand am 1. Mai 1911 | 211 | |
| Eingetreten sind | 49 | 260 |
| Ausgeschieden durch Wegzug | 11 | |
| Verstorben | 3 | |
| Ausgeschlossen | 7 | 21 |
| Bestand am 30. April 1912 | | 239 |

Das Geschäftsguthaben der Mitglieder betrug am 1. Mai 1911 Mk. 3361,62. Dasselbe erhöhte sich im Laufe des Geschäftsjahres um Mk. 462,38. Es betrug am 30. April 1912 Mk. 3824,00.

Die Gesamthaftsumme betrug am 30. April 1912 Mk. 7170,00 und hat sich gegen das Vorjahr um Mk. 840,00 erhöht.

## Neue Subskriptions-Eröffnung

**Unsere Abonnenten** erhalten ein weltberühmtes Buch **für nur 25 Pfennig**

pro Woche in Lieferungen erscheinend und zwar die hochinteressanten Erlebnisse und Erfahrungen:

# Carl Hagenbeck

**Von Tieren und Menschen**

Wir bieten hierdurch unsern Lesern den Vorteil, dieses wertvolle Werk mit 134 zum Teil farbigen Bildern, das den Stolz jeder Bibliothek, einen Hausschatz für die ganze Familie bildet, das für Alt und Jung interessant und lehrreich ist, ohne Verteuerung in

**Raten v. wöchentlich 25 Pf. zu beziehen.**

**Hier liegt ein Buch vor, wie kein zweites bisher geschrieben wurde, noch jemals geschrieben werden kann, ein Buch, das jeder sich anschaffen sollte.**

**„Ein Volksbuch im besten Sinne"**
ist Carl Hagenbecks Werk mit Recht genannt worden. Es hat den ungeheuren Erfolg, den es erzielte, auch verdient. Ein Mensch erzählt darin seine Erlebnisse u. Erfahrungen, der auf der ganzen Erde heimisch ist, dessen Interesse sich auf alle Arten von Tieren und Menschen richtet, der Weltreisender, Tierzüchter und Kaufmann in einer Person ist. Und er versteht es, seine Erlebnisse so interessant u. spannend zu schildern, wie der beste Roman es kaum vermag.

**Carl Hagenbeck** der bloße Name läßt vor den Augen die seltsam anziehendsten Bilder erstehen von fernen Erdteilen, deren Jagdgründe die Jäger und Agenten des größten Tierlieferanten der Welt durchstreifen, dem fast sämtliche zoologischen Gärten ihre Bestände verdanken. Allgemein bekannt sind die erstaunlichen Erfolge Hagenbeckscher Tierdressur, die Löwen, Tiger, Bären und andere wilden Tiere in friedlichstem Beieinander zusammenhausen läßt. Carl Hagenbecks Aufzeichnungen sind

**die interessanteste Veröffentlichung, die in den letzten Jahren erschienen ist.**

**Carl Hagenbecks Erlebnisse und Erfahrungen sind aber mehr als eine Reihe enorm fesselnder und unübertrefflich anschaulich geschilderter Erzählungen. Das Buch gibt vor allem den Lebensgang eines Mannes wieder, der aus kleinen Anfängen ein Welthaus begründet hat, und enthält eine Fülle beherzigenswerter Lebenserfahrung.**

Auch für die **reife Jugend** bedeutet Hagenbecks Werk ein Buch, wie es **sich besser nicht denken läßt.**

Von der ersten bis zur letzten Seite hält uns der Inhalt der oft mit zu Herzen gehendem Humor vorgetragenen Schilderungen gefangen. Dabei ist **Carl Hagenbecks Werk** keine bloße Unterhaltungslektüre, es ist **ein Bildungselement ersten Ranges.** Ein neuer „Brehm" liegt hier vor uns, seiner lehrhaften Form entkleidet und um die Offenbarungen eines weltumfassenden Geschäftsgenies bereichert.

**80000 Exemplare bereits verkauft**

**Das Werk ist auch in einem Bande zum Preise von M. 6.—**
**zu beziehen von der Buchhandlung**
**Friedr. Meyer & Co., Lübeck.**

Gefl. ausfüllen **Bestellschein** und einsenden

An die Buchhandlung Fr. Meyer & Co

Unterzeichneter bestellt hierdurch

**Carl Hagenbeck, Von Tieren und Menschen**

Vollständig in 21 Lieferungen à 25 Pf. = 5,25 M. nebst einer Einbanddecke für 75 Pf. Wöchentlich ist eine Lieferung zu entnehmen. Dasselbe, komplett in 1 Band für M. 6.— (Nichtgewünschtes ist zu durchstreichen.)

Name und Stand: _____

Genaue Adresse: _____

# Glühkörper

**nur Qualitätsware**

**per Dutzend 3.80 4.50 und 4.90 Mk.**
per Stück 35 Pfg. 40 Pfg. und 45 Pfg.

Instandhaltung von Gasglühlicht und Telephon.
2988 Desinfektion im Abonnement.

**Lübecker Gasglühlicht-Versicherung.**
**Fernspr. 1801. L. Harms & Co. Königstr. 44.**

## Höchstwichtige Mitteilung für alle Leser des „Lübecker Volksboten".

Unseren Lesern teilen wir hierdurch ergebenst mit, daß wir von jetzt ab eine reich illustrierte Wochenschrift unter dem Titel „Welt und Wissen" herausgeben und hierdurch ein Blatt geschaffen haben, welches sowohl den ernsten Gelehrten wie auch den Mann aus dem Volke voll befriedigen wird. Die Ausstattung ist eine erstklassige. Zahlreiche gewählte Abbildungen werden das erläuternde Wort ergänzen. Die Namen der Naturforscher — nur allererste Fachleute — sind jedem gebildeten Deutschen bekannt.

Um nun zu ermöglichen, daß alle unsere Abonnenten darauf abonnieren können, haben wir die kleine Entschädigung, die wir notwendig haben müssen, äußerst niedrig gestellt, und zwar auf nur 15 Pfg. für die 24 Seiten starkes Heft.

Jedes Heft enthält 10—20 Artikel, von denen wir als Beispiel einige anführen:

Der Mensch in der Pfahlbauzeit. — Wenn die Erde erzittert. — Gesundheit und Schönheit. — Der Wille und dessen Gymnastik. — Das Leben unter Wasser. — Fernphotographie. — Liebe und Ehe bei den Naturvölkern. — Der Mensch und die Geisterwelt. — Flüssige Luft. — Einfluß der Lebensweise auf das Menschenalter. — Verschwundene Städte in der Sahara. — Die Zukunft der Elektrizität im Haushalt. — Mein Aquarium. — Unser Sonnensystem. — Das heutige Erbrecht usw. usw.

Um unser Ziel zu erreichen, daß „Welt und Wissen" von jedem Gebildeten abonniert wird, liefern wir an Abonnenten von „Welt und Wissen" eine große illustrierte

**Hand- und Hausbibliothek vollständig gratis,**

und zwar sind folgende Werke in Aussicht genommen, von denen zu jedem Jahrgang resp. 52 Heftlieferungen 3 kompl. Werke geliefert werden:

- Illustrierte Geschichte des Deutschen Volkes.
- Illustrierte Weltgeschichte.
- Die Entstehung der Erde.
- Illustrierte Himmelskunde.
- Illustrierte Kulturgeschichte des Deutschen Volkes.
- Denkwürdige Entdeckungsreisen.
- Denkwürdige Erfindungen.
- Illustrierte Tierkunde.
- Illustrierte Pflanzenkunde.
- Illustriertes Buch der Technik.
- Entdeckungsreisen nach dem Nord- und Südpol.
- Entdeckungsreisen im schwarzen Erdteil.
- Illustriertes Buch der Chemie.
- Der Vulkanismus.
- Die Luftschiffahrt und der Aeroplan.
- Der Bau des menschlichen Körpers.
- Die Völker Asiens.
- Die Völker Afrikas.
- Die Völker Amerikas.
- Illustrierte Geschichte des Altertums.

**Bestellschein** für die Abonnenten des „Lübecker Volksboten".

Herren
**Fr. Meyer & Co.**
**Lübeck.**

Unterzeichneter abonniert hierdurch auf

**„Welt und Wissen".**
52 Hefte à 15 Pfg.

Name: _____

Ort: _____

Straße: _____

# Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 205. Montag, den 2. September 1912. 19. Jahrg.

## Der Staat lebt von den Hungernden!

Viehzüchter, Viehhändler und Fleischverkäufer reiben sich die Hände: Fleischteuerung ist ja goldene Zeit! Daß das Volk darbt, ist Agrariern und Viehhändlern schon recht, bringt es für sie doch nur Vorteil, der Staat lebt aber auch noch von den Hungernden!

An indirekten Steuern (Zöllen usw.) entfallen auf

| | | | |
|---|---|---|---|
| ein Kilogramm | Fleisch | 35 | Pfg. |
| „ „ | Speck | 36 | „ |
| „ „ | Schmalz | 10 | „ |
| „ „ | Butter | 20 | „ |
| „ „ | Margarine | 20 | „ |
| „ „ | Käse | 15 | „ |
| „ „ | Eier (20—25 Stück) | 2 | „ |

In den Fleischpreisen wird nicht nur den Agrariern Tribut gezahlt und nicht nur dem Viehgroßhandel Geld geschenkt, auch der Staat hat sein anständiges Pöstchen mitdabei.

Wie die Ernährung eines kräftig arbeitenden Mannes beschaffen sein soll, weiß die deutsche Regierung recht gut. Beim Militär, bei der Marine, wo sie ein Interesse daran hat, das Menschenmaterial gesund zu erhalten, bestehen die genauesten Vorschriften für die wöchentlichen Fleischrationen. Die Schiffsmannschaften der deutschen Marine bekommen in den heimischen Häfen pro Woche

| | | |
|---|---|---|
| 800 | Gramm | Rindfleisch |
| 750 | „ | Schweinefleisch |
| 800 | „ | Hammelfleisch |
| zus. 2 350 | Gramm | oder 2,35 Kilogr. Fleisch. |

Zweiundfünfzigmal 2,35 Kilogramm Fleisch ergibt einen Jahreskonsum von 122,3 Kilogramm oder 244,8 Pfund!

Nach den Zusammenstellungen der Stat. Korr. kosteten in der ersten Hälfte des August 1 Kilogramm Rindfleisch 189 Pfg. (alles im Kleinverkauf!), 1 Kilogramm Schweinefleisch 166 Pfg. und 1 Kilogramm Hammelfleisch 196 Pfg. Wollte nun ein erwachsener Arbeiter ebensolche Fleischrationen verbrauchen wie sie dem deutschen Marinesoldaten zugebilligt sind — und dieser lebt doch sicher auch in dieser Hinsicht nicht im Himmel! — er müßte ausgeben pro Jahr für

| | | | |
|---|---|---|---|
| 41,6 Kg. | Rindfleisch | 52mal 189 Pfg. = | 98,28 Mk. |
| 39,0 „ | Schweinefleisch | 52mal 166 „ = | 86,32 „ |
| 41,6 „ | Hammelfleisch | 52mal 196 „ = | 101,92 „ |
| 122,2 Kg. | Fleisch | = | 286,52 Mk. |

Nach dieser Ziffer müßte eine Arbeiterfamilie, bestehend aus Mann, Frau und drei Kindern — 4,70 Köpfe ist der Reichsdurchschnitt der Familie —, wenn wir für die Frau und die drei Kinder auch nur eine Männerration rechnen wollten, was viel zu niedrig ist, im Jahr ungefähr rund 250 Kilogramm Fleisch verzehren. Wofür nach dem heutigen Stande der Preise ungefähr 575 Mark zu zahlen wären!

Nun aber noch weiter. Enthüllen wir die Schamlosigkeit des Fleischwuchers, die Sünde am deutschen Volke noch mehr! Das Kaiserliche Statistische Amt hat im Juni 1909 die Wirtschaftsrechnungen von 150 Arbeiter- und 60 Beamtenfamilien veröffentlicht. Die Arbeit ist unter dem besonderen Gesichtspunkte des Nahrungsmittelaufwandes gemacht worden. Dabei wurde festgestellt, daß die Familien im Durchschnitt pro Jahr — Familie von 4,76 Köpfen! — 130,6 Kg. Fleisch verzehrt hatten.

Mit anderen Worten: ein deutscher Marinesoldat erhält pro Jahr rund 245 Pfund Fleisch im Werte von etwa 286,52 Mk. — Kleineinkaufspreis August, erste Hälfte, 1912.

Die deutsche Arbeiterfamilie konnte 1907 — von da stammt die Erhebung des Kaiserlichen Gesundheitsamtes — im ganzen Jahre nur 261,2 Pfund Fleisch essen! Die Ziffer ist bis 1912 und im besonderen gerade jetzt, leicht möglicherweise noch gesunken. Sehen wir von dieser Möglichkeit ab. Es ist ja auch so genug fürchterlich, daß eine Arbeiterfamilie ungefähr so viel Fleisch essen kann, wie ein Marinesoldat zugebilligt bekommt!

Von anderer Seite betrachtet, ergibt das, daß der deutsche Arbeiter sich ungefähr noch einmal so schlecht ernährt, wie der Soldat, denn die Differenz trifft nicht nur für das Fleisch, sondern für alle Nahrungsmittel fast ebenso zu! Und von diesen hungernden Arbeiterfamilien, die zusammen gerade so viel Fleisch erwerben können wie ein Marinesoldat bekommt, nimmt der Staat jahraus jahrein noch seine Zollgelder ein.

Staat, Agrarier und Viehhändler leben von Hungernden!

## Lügner und bösartig Geistesschwache im Offiziersrock.

Ein bitteres Urteil über einige Offiziere und über die militärische Rechtspflege hat am Donnerstag abend die Strafkammer des königl. preußischen Landgerichts Ratibor gefällt. Der wegen Beleidigung verschiedener militärischer Würdenträger angeklagte Amtsrichter Knittel aus Rybnik wurde, wie schon kurz berichtet, nach viertägiger Verhandlung freigesprochen, weil er für seine Beschuldigungen entweder den Wahrheitsbeweis erbracht oder in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe und deshalb straffrei bleiben müsse. Man muß, um dieses Urteil in seiner ganzen Bedeutung zu würdigen, wissen, daß Knittel dem Bezirksoffizier von Rybnik, Hauptmann z. D. Kammler einen bösartigen und heimtückischen Geisteskranken geheißen hat — Wahrheitsbeweis erbracht! Knittel hat diesen Offizier und den damaligen Bezirkskommandeur Oberstleutnant a. D. Freiherrn von Vietinghoff der wiederholten bewußten Lüge geziehen — Wahrheitsbeweis erbracht! Und wenn auch die weiteren Behauptungen des Angeklagten, daß Freiherr v. Vietinghoff ein Ehrengericht parteiisch beeinflußt habe, daß der frühere Divisionskommandeur Exzellenz v. d. Groeben bewußt Unwahres behauptet habe und daß ein auf Betreiben des Angeklagten abgehaltener Ehrenrat gegen Freiherrn v. Vietinghoff eine Farce gewesen sei, vom Gericht als nicht erwiesen angesehen wurden, so hat die Strafkammer hierfür dem Angeklagten den Schutz des § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) völlig zugesprochen, so daß zu der Freisprechung auch noch die Ueberbürdung der gesamten sehr erheblichen Kosten auf die Staatskasse hinzukam.

Nicht ohne Bitterkeit werden die Leser der Arbeiterpresse gerade von diesem Teil des Urteils Kenntnis nehmen. Wir gönnen dem Amtsrichter von Rybnik gewiß seine Freisprechung, aber wer müßte hier nicht an die unzähligen Fälle denken, wo uns Sozialdemokraten durch Erbringung des umfassendsten Wahrheitsbeweises der Schutz des § 193 versagt und wo selbst trotz seiner überaus seltenen Zuerkennung Straffreiheit wegen der aus den beleidigenden Ausdrücken hervorgehenden „Absicht zu beleidigen" nicht eintrat. Ist es denn z. B. kein berechtigtes Interesse eines Arbeiterblattes, mehr Rechte oder bessere Lebensverhältnisse für die Arbeiter zu fordern? Nein! lautet hier fast immer die Antwort der Justiz ....

Doch lassen wir dieses traurige Kapitel einstweilen beiseite und kehren wir zum Prozeß selbst zurück. Der Sachverhalt ist kurz der: Knittel war Reserveleutnant. Er war es mit Begeisterung und unter allgemeiner Anerkennung seiner Vorgesetzten und Kameraden. Bei der letzten Landtagswahl wählte er Zentrumsmänner. Sie fielen durch, aber wenn sie gewählt worden wären, hätten sie auf Grund des 1908er Kompromisses zwischen Zentrum und Polen für zwei Zentrumsleute und einen Polen — der sich schriftlich auf die Verfassung Preußens verpflichtet hatte — stimmen müssen oder sollen. Einige Monate darauf wurde Knittel in den katholischen Kirchenvorstand gewählt — ohne sein Wissen — dem auch Polen, Nationalpolen angeblich, angehörten. Als Knittel dies erfuhr, trat er aus.

Wegen dieser Vorfälle wurde Knittel vom Hauptmann Kammler angezeigt. Dieser Anzeige waren weiter die nach Feststellung des Offizierehrenrates und des Ratiborer Gerichts unwahren Angaben hinzugefügt, es herrsche in den Kriegervereinen, die alle Leute ausgeschlossen hätten, die sich politisch so verhielten, wie Knittel, und in allen „deutschgesinnten" Kreisen gewaltige Erregung, der nur gerade Knittel nicht Rechnung tragen wolle, welcher Knittel überdies nicht nur zugunsten der Polen gewählt, sondern auch im Sinne seiner eigenen Wahl agitiert habe. Auf diese Anzeige hin betrieb der Bezirkskommandeur v. Vietinghoff nun, ohne Knittel erst zu hören, die Überführung des Amtsrichters-Leutnant von der Reserve zu der weit geringer von ihm veranschlagten Landwehr. Mehrere Ehrenräte und der Kaiser erklärten, Knittels Offiziersehre sei nach wie vor fleckenlos — — —aber seine Rücküberführung zur Reserve vermochte er ebensowenig zu erreichen, als die Vorlage des Materials, auf Grund dessen die Maßregelung stattgefunden hatte. Nur eine mit „:" und „." versehene, also den Anschein des Wörtlichen erweckende, aber das Belastendste weglassende „Inhaltsangabe" vermochte er zu erlangen.

Knittel erstattete, als alles andere nichts fruchtete, gegen Kammler und v. Vietinghoff Anzeige wegen Lüge, falscher Meldung 2c. beim Ehrengericht — vergebens, man fand keinen Anlaß zu einer Verurteilung. Er ging ans Militärgericht — mit dem gleichen Erfolg. Als auch ein Throngesuch dagegen nichts änderte, fing Knittel, kgl. preußischer Amtsrichter und Königlicher Leutnant der Landwehr an, zu schreien, so kräftig, als er konnte. Er schrieb an den Kriegsminister eine gesalzene Eingabe, in der alle die Beleidigungen enthalten waren, wegen der der Amtsrichter angeklagt, (natürlich nicht etwa verhaftet oder auf die Anklagebank gesetzt, wie irgendein „roter Schimpfer") und freigesprochen wurde.

Diese Gegenüberstellung ergibt das Resultat, daß die Militärjustiz dort nichts Straffälliges sah, wo das bürgerliche Gericht Lüge, wiederholte Lüge, Bösartigkeit, Heimtücke als erwiesen ansah (dabei ist beim Militär die Erstattung falscher Meldung ein ganz erhebliches Delikt) und daß ein Bezirksoffizier ungehindert fungieren dürfte, den das bürgerliche Gericht als bösartig geistesschwach erklärt, wobei es auf Grund der Beweisaufnahme das Verhalten des Offiziers in den Kontrollversammlungen seine Lust am Bestrafen als ein Merkmal seiner Bösartigkeit anführt!!

Mit größter Genauigkeit und zweifelloser Sachkunde hat das Ratiborer Gericht diesen Militärprozeß geführt. Ein Leutnant ließ sich vor dem Kriminalgericht anklagen, um das Recht zu suchen, das ihm die Militärjustiz nach seiner Bezeugung verweigert habe. In aller Öffentlichkeit wurde der Prozeß geführt — bis auf die Erörterungen über Kammlers Geisteszustand — ohne daß der Staat, das Heer, die Ruhe oder Ordnung in Gefahr kam. Und mündlich und öffentlich war das Verfahren, kein geheimer Areopag, wo vielleicht Vorgesetzte, vielleicht sogar am Ausgang beteiligte Vorge-

## Ein Deutscher.

Roman von Otto Ruppius.

(10. Fortsetzung.)

„Dann sind sie also mit der Familie Burton von früher her bekannt?"

„Ich bin erst seit kaum vier Wochen im Lande, Sir, kenne niemand, und nur mein Pianospiel, wovon Miß Burton zufällig Zeuge war, machte diese auf mich aufmerksam. Ich fand noch keine Gelegenheit, seit ich gelandet bin, mich einem bestimmten Berufe zuzuwenden, und so nahm ich gern die Aufforderung an, mich für die hiesige Organistenstelle zu melden." Reichardt begann leichter zu fühlen, als ihm diese einfache Darstellung, die doch kaum von der Wahrheit abwich, gelungen war; der Geistliche aber schüttelte leicht den Kopf.

„Wenn Sie nicht noch irgend andere Pläne hier verfolgen wollen, so weiß ich, selbst im glücklichsten Falle, nicht, ob der Erfolg die weite Reise lohnen kann," sagte er nach einer kurzen Pause. „Die Stelle muß doch nur als eine Nebenbeschäftigung betrachtet werden und kann allein ihren Mann nicht ernähren. Für Musikunterricht ist auch nur wenig Aussicht hier. Junge Ladies, welche die methodistische Akademie, wo ein angestellter Musiklehrer ist, nicht besuchen, werden meist im Osten erzogen —" er hielt, wie eine Aufklärung erwartend, inne, und Reichardt fühlte, daß er jetzt seine Armut am wenigsten zeigen dürfe, wenn er sich die nötige Beachtung sichern wollte. War hier wirklich keine Existenz für ihn zu erringen, so war zum Zurücktritt noch immer nach Harriets Rückkehr Zeit, und wenigstens wollte er bis dahin Gelegenheit schaffen, zu zeigen, was er konnte.

„Ich frage im Augenblick nicht nach der Höhe eines Gehaltes," erwiderte er ruhig aufsehend, „es sollte mich aber freuen, in musikalischer Beziehung etwas zur Hebung des Gottesdienstes beitragen zu können. Miß Burton sprach von dem Chor, welcher der Nachhilfe und Besserung bedürfe, und ich gedachte einen vollen Lehrgang mit den Sängern durchzunehmen, der, wenn sich nur die nötige Anlage unter ihnen vorfindet, sie mit der Zeit den besten Neuyorker Chören gleichstellen würde."

Der Geistliche nickte nachdenklich. „Es könnte das für niemand angenehmer sein, als für mich," erwiderte er, „nur sehe ich in einzelnen Dingen noch nicht ganz klar — es ist ein tolles Mädchen! Well, Sir," setzte er hinzu, als wolle er das Gespräch zu einem Schlusse bringen, „auf ein oder zwei Tage wird es nicht ankommen, ich dürfte überdies über Ihr Engagement nicht allein bestimmen. Bis dahin aber hoffe ich, Ihnen einen bestimmten Bescheid geben zu können."

Reichardt erhob sich zögernd — er hatte wenigstens auf eine Einladung gerechnet, bei Gelegenheit seine Fähigkeiten zu zeigen, aber er unterdrückte jedes Zeichen seiner Täuschung. „Sie haben zu bestimmen, Sir!" erwiderte er, „würden Sie mir aber wohl gestatten, die Orgel einmal zu probieren? Sie ist neu und gut, wie ich höre, und ich habe mich schon während der Reise auf den ersten vollen Griff gefreut!"

Der Prediger setzte, wie uneins mit sich selbst, den Stuhl beiseite, indessen schien bald eine Art Neugierde seine Bedenklichkeit zu überwiegen. „Wenn Ihnen etwas daran liegt, werde ich den Kirchendiener rufen," sagte er, sich langsam nach der Tür wendend. Nach kurzem aber schon sah sich Reichardt durch eine Handbewegung eingeladen, ihm zu folgen.

Man sah es dem Innern der kleinen Kirche an, daß die Crême der städtischen Bevölkerung sie in Besitz hatte. Die sämtlichen Stühle waren mit reichem Polster versehen, weiche Teppiche bedeckten überall den Boden, und Holzwerk wie Wände glänzten in geschmackvollem Ölfarben-Anstrich. Das reichverzierte Orgelgehäuse erschien dem Deutschen fast zu klein für die Zahl der Register, welche es zeigte. Als er aber den mitgekommenen Schwarzen die Bälge anziehen hörte und, um sich einen Begriff von der Gesamtkraft zu verschaffen, das ganze Werk öffnete und voll in die Tasten hineingriff, brauste ihm eine Tonfülle entgegen, die er in allen Nerven zu fühlen meinte und die er niemals in diesem Raume vermutet. Er setzte sich fester auf die Bank; er begann das Werk in voller Lust durchzuarbeiten; waren doch schon auf dem Piano freie Phantasien im Kirchenstile seine Lieblingsübung gewesen. Vergaßen auch jetzt die Füße, noch nicht an den Dienst gewöhnt, einmal das Pedal, so hatten sie doch bald, von doppelter Aufmerksamkeit überwacht, den Ausfall zu ersetzen, und Reichardt fühlte, daß es nur weniger Übung für ihn bedürfen werde, um auch hierin die nötige Fertigkeit zu erlangen. Als er aber dem ersten Drange, welcher ihn überkommen, genügt, änderte er die Registratur, und in eins der weichen Mendelssohnschen Lieder übergehend, gab er den sanften Stimmen ihr Recht. Selten noch glaubte der Spielende so viel Süße und Klarheit getroffen zu haben, er begann das Thema mit seinen eigenen Phantasien zu umschlingen, sich ganz dem Zauber hingebend, welchen diese wundersam milde Prinzipalstimme auf ihn übte; er fühlte, daß er besser spielte, als er sich nur selbst zugetraut, und hatte bald, sich in den eigenen Genuß versenkend, alles übrige um sich her vergessen. Erst als er nach einem Akkordengange, der immer dem Ende zuzustreben und ihm doch stets wieder auszuweichen schien, geschlossen hatte und mit einem tiefen Atemzuge aufsah, bemerkte er, daß er sich in größerer Gesellschaft befand, als er gewußt. Die halbe Barriere des Chors zu seiner Seite war mit Männern, ihrem Äußern nach zu der besten Klasse der Bewohner gehörig, besetzt, welche aufmerksam seinem Spiele gehorcht zu haben schienen. „Fahren Sie fort!" rief einer derselben kopfnickend, als Reichardt mit einiger Überraschung seinen Sitz verlassen wollte, „oder können Sie nicht etwas spielen, was wir kennen — etwas wie old hundred oder so?"

„Ich spiele wohl alles, wenn ich die Noten dazu habe!" erwiderte der Deutsche in einer leichten Verlegenheit.

„O, Sie werden das kennen!" rief der frühere Redner und legte zugleich sein Gesicht in ernste Falten, mit halb krähender Stimme die erste Strophe eines Kirchenliedes beginnend. Reichardt erkannte schon beim zweiten Takt einen alten Choral Luthers und aufs neue alle starken Stimmen ziehend, ließ er in vollen Akkorden die kräftige Melodie erklingen. Es mochten wohl derartige Töne in der Kirche noch nicht gehört worden sein, denn ein Seitenblick auf die Gesichter zeigte ihm den Beifall in der seltsamsten Weise ausgedrückt. Ein Teil schien wie verklärt oder in stummer Bewunderung den brausenden Harmonien zu folgen, während ein anderer nach dem Rhythmus den Kopf wiegte oder den Choral leise mitzusingen schien.

„Mr. Ritschert — oder etwas dem Ähnliches — der die Orgel spielen und uns ein tüchtiges Kirchenchor heranbilden will," stellte der Geistliche den jungen Mann vor, als dieser geendet, „die Gentlemen sind von der Musik hereingezogen worden," wandte er sich wie erklärend an Reichardt. Dann wurden diesem die verschiedenen Namen der Anwesenden genannt, und bei jedem derselben hatte er eine hergestreckte Hand zu schütteln.

„Ich hoffe, Sir, Mr. Ellis wird keinen Grund finden, uns ihrer schönen Fertigkeit zu berauben," klang zuletzt die freundliche Stimme eines Mannes, der ihm als „Trustee" der Kirche bezeichnet worden war, „jedenfalls hoffe ich, Sie morgen bei unserm Gottesdienst zu sehen."

Reichardt konnte sich nur verbeugen — der Prediger schien ihm also nicht völlig zu trauen und sich in dieser Weise ausgesprochen zu haben. Wenn aber sonst nichts seiner Existenz hier im Wege stand, so durfte er sich wohl ruhig der Zukunft überlassen, trotz des Kusses auf der Piazza von Kongreß-Hall, den nur die Sterne gesehen und der hier schwerlich seine Wiederholung finden konnte. Er folgte den davon gehenden Männern, empfing an der Tür den Händedruck des Geistlichen mit einer neuen Einladung für den morgenden Sonn-

ßte (wie im Fall Vietinghoff-Knittel) über Untergebene Straf- und Richtergewalt haben.

Wenn ein Offizier — in Preußen ein Offizier!! — Grund zu heftigen Klagen hatte: Wie steht es da mit der Rechtssicherheit des einfachen Soldaten?

## Aus der Partei.

**Protest gegen die Teuerung.** Vor etwa 2000 Personen sprach am Freitag in Magdeburg der Schriftsteller Nestriepke-Berlin in einer von Partei und Gewerkschaften einberufenen öffentlichen Versammlung, über „Wie stellen sich die Konsumenten zur Teuerung?“ Die Versammlung beschloß, eine Deputation an den Magistrat der Stadt zu senden, die diesen auffordern soll, bei Regierung und Reichstag wegen Öffnung der Grenzen vorstellig zu werden. Außerdem soll der Magistrat den Seefischverkauf besser organisieren und den Versuch machen, die Fleischzufuhr und den Verkauf in eigene Regie zu übernehmen. Ferner wurde das Bureau beauftragt, im Namen der Versammlung von der Reichsregierung die Aufhebung der Zölle auf Nahrungs- und Futtermittel zu fordern. Der Vertreter von Magdeburg im Reichstage, Rechtsanwalt Dr. Landsberg, wies unter stürmischem Beifall darauf hin, daß die Macht des Junkertums im preußischen Landtage gebrochen werden müsse durch die Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts.

**Ein Ausschluß.** Der Vorstand der Sozialdemokratie Russisch-Polens und Littauens hat dem deutschen Parteivorstand mitgeteilt, daß der Genosse Karl Radek aus der Partei ausgeschlossen worden ist.

## Gewerkschaftsbewegung.

**Papiermacherstreik.** In Niederschmiedeberg im sächsischen Erzgebirge streiken seit acht Wochen die Arbeiter der Firma Papierfabrik C. T. Pilz, weil die Firma sich weigerte, die sehr niedrigen Löhne um einige Pfennige zu erhöhen und hierüber mit ihren Arbeitern zu verhandeln. In den ersten Wochen des Streiks glaubte die Firma, die Arbeiter würden nach kurzer Zeit zu Kreuze kriechen. Nachdem sie nun einsieht, daß sie sich verrechnet hat, versucht die Firma durch Inserate in bürgerlichen Zeitungen sowie durch die berüchtigten Streikbrechervermittlungsinstitute Arbeitswillige zu bekommen. Die Arbeitswilligen erhalten nach ihrer eigenen Aussage 6 Mk. pro Tag und Kost und Logis. Den alten eingerichteten Arbeitern will die Firma aber nur 24—30 Pfg. pro Stunde geben. Die armen Papierarbeiter kämpfen einen schweren Kampf. Zuzug ist daher strengstens fernzuhalten.

**Eine derbe Abfertigung für die polnisch-nationalistischen Gewerkschaftszersplitterer.** Ein Angestellter der polnischen Berufsvereinigung versucht, die Schriftsetzer und Buchdrucker zum Anschluß an die polnische Berufsvereinigung zu bewegen. Ein Schriftsetzer gibt in der nationalpolnischen „Wiarus Polski“ dem Werber eine sehr eindeutige Antwort, die in einer glatten und scharfen Abweisung der Werbung besteht. Die Buchdrucker hätten ihre Organisation und eine kräftige und gute Organisation und wollten von Zersplitterungen, wie sie schon der christliche Gutenbergbund versuchte, nichts wissen. Die polnische Berufsvereinigung möge zunächst einmal den Buchdruckertarif in ihrer eigenen Druckerei anerkennen, den selbst hakatistische und scharfmacherische Blätter, wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ angekannt haben. Für Arbeiterfreunde dieser Couleur bedanken sich die Schriftsetzer. Die polnische Berufsvereinigung hat auf diese Abfuhr nichts zu erwidern gewußt.

**Ein Konflikt mit den Leipziger Gemeindebetrieben.** Seit Jahren versuchen die Leipziger Gemeindearbeiter, auf loyalem Wege eine Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erreichen; jedoch immer verstand es der Rat der Stadt Leipzig, die Erledigung der Arbeiterwünsche zu verschleppen. Darauf befaßte sich eine Versammlung der Gemeindearbeiter mit deren Wünschen, wobei der Rat selbstverständlich nicht sehr glimpflich wegkam. Diese Versammlung, über die in der „Leipziger Volkszeitung“ eingehend berichtet wurde, leitete ein Arbeiterausschußmitglied, das dann kurze Zeit darauf entlassen wurde, mit der Begründung, er hätte als Versammlungsleiter nicht dulden dürfen, daß dem Rat der Stadt Leipzig solche Vorwürfe, wie sie in der Versammlung erhoben wurden, gemacht werden. Darauf haben nun 104 Arbeiter-Ausschußmitglieder, das sind etwa ⅔ der gesamten Ausschußmitglieder sämtlicher Betriebe der Stadt Leipzig, ihre Ämter niedergelegt.

## Der württembergische Landesparteitag

wurde am Sonnabend nachmittag in Heilbronn durch den Vorsitzenden des Landesvorstandes Hildenbrand eröffnet. Vom Parteivorstand sind Ebert und Braun erschienen, von der bayerischen Organisation Genosse Körner und von der badischen Ströbel. Zum Leiter der Verhandlungen wurde Genosse Dietz bestimmt.

Nach den Begrüßungsreden setzte die Debatte bei einem Geschäftsordnungsantrag gleich sehr lebhaft ein. Westmeyer kritisiert bei der Begründung eines Antrages, der eine Änderung bei den Abstimmungen auf der Landesversammlung haben will, daß der Genosse Hüglin in einem Rundschreiben an die ländlichen Ortsvereine um die Übertragung eines Mandats an einen Genossen ersuchte, damit die ländlichen Orte vertreten seien; dem Landesvorstand wurde zugemutet, für dieses Mandat die Kosten zu tragen. Hildenbrand antwortete, daß der Landesvorstand für das Rundschreiben nicht verantwortlich gemacht werden könne, er trage die Kosten für das Mandat nicht und vertrat die Ansicht, daß die Delegation nur von der Mitgliedschaft ausgeübt werden könne. Als der Gen. Lachemeyer-Gmünd in der Diskussion, sich korrigierend, den Genossen Hildenbrand als Vorsitzenden des Landesvorstandes, unter Weglassung des Wortes Genosse anredet, bemächtigt sich der Landesversammlung große Erregung; der Redner wird durch Schlußrufe am Weiterreden verhindert und kann sich erst nach längerer Zeit wieder Gehör verschaffen. Die Debatte wird unter großer Lebhaftigkeit fortgeführt; die Differenzen beider Richtungen in der württembergischen Partei kommen fortwährend zum Ausdruck. Schließlich werden sämtliche Anträge auf Änderung des Abstimmungsmodus auf der Landesversammlung abgelehnt. Hüglin hatte vorher noch erklärt, daß er im Auftrage einer größeren Zahl ländlicher Ortsvereine gehandelt habe.

Vor Eintritt in die Tagesordnung übermittelt nunmehr Genosse Braun die Grüße des Parteivorstandes. Er ermahnt im Hinblick auf die politische Situation und auf die Landtagswahl in Württemberg zur Einigkeit, damit nicht die württembergische Partei und die Gesamtpartei Schaden erleide.

Hierauf teilt Hildenbrand mit, daß die Landtagsfraktion am Freitag eine Delegation an den Minister des Innern entsandt habe, um für Maßnahmen zur Linderung der Fleischnot zu wirken. Der Minister habe es für eine Pflicht der württembergischen Regierung erklärt, etwas zu tun, einschneidend könne aber das nicht sein, die Hauptentscheidung liege bei der Reichsregierung. — Es wird einstimmig einer Kundgebung gegen die Fleischnot zugestimmt und die Einberufung des Reichstages gefordert.

Den Geschäftsbericht des Landesvorstandes erstatet Hildenbrand; der Bericht liegt gedruckt vor. Die Besprechung der Zwistigkeiten nimmt darin einen größeren Raum ein. Hildenbrand bespricht diese Fragen ebenfalls ausführlich. Er schildert die Schwierigkeiten, die dem Landesvorstand erwuchsen bei der Besetzung der Tagwachtredaktion. Der Landesvorstand wollte nicht sofort im Sinne der letzten Landesversammlung handeln und die Redakteure kündigen. Da die Zwistigkeiten in der Redaktion aber nicht aufhörten, beschloß der Landesvorstand die Kündigung, um vor der Reichstagswahl ein kampffähiges Parteiblatt zu schaffen. Redner erklärte den von Westmeyer auf dem Jenaer Parteitag gestellten Antrag: der Parteivorstand solle dafür sorgen, daß die Stuttgarter ein Organ bekommen, das im Sinne der Gesamtpartei geleitet wird, für eine Beschimpfung der württembergischen Partei, die leider auf dem Parteitag nicht gleich zurückgewiesen werden konnte. Besonders erfreulich für den Landesvorstand sei die Anerkennung der Preßkommission, daß der Landesvorstand alles getan habe, um die Zwistigkeiten zu schlichten. Später, als detaillierte Berichte über die Verhandlungen in Versammlungen und der Presse erschienen, sei der Landesvorstand angegriffen worden. Hildenbrand verwahrt sich entschieden dagegen, daß der Landesvorstand die Auswahl des leitenden Redakteurs nach dessen parteipolitischer Richtung getroffen habe. Dem Landesvorstand lag daran, das Blatt über den Zwistigkeiten zu halten; er habe nie eingegriffen, um die Richtung der Tagwacht zu bestimmen. Zur Göppinger Angelegenheit bemerkt Redner, daß das Göppinger Blatt vom ersten Tage an ein überaus aufmerksames Auge auf den Landesvorstand gerichtet und den Zwist in der Partei trotz aller Ermahnungen geschürt habe. Es wurde gegen den Willen des Landesvorstandes gegründet, da im Bezirke kein ausreichendes Verbreitungsgebiet vorhanden war. So war es nicht verwunderlich, daß das Unternehmen finanziell bald zusammenbrach. Der Landesvorstand hat der Sanierung zugestimmt, um die daran beteiligten kleinen Geldgeber nicht zu schädigen. Nach der Sanierung in Göppingen erschienen die tendenziösesten Berichte in der Presse, die ganze Parteipresse sei einseitig informiert worden und der Landesvorstand bedauere es besonders, daß das Zentralorgan, der „Vorwärts“ sich noch immer keinen objektiven Berichterstatter anschaffe. Besondere Erregung machte sich kund bei der Bemerkung, daß das Göppinger Blatt von einem Genossen redigiert würde, der zu der Zeit gar nicht Parteimitglied war. Der Landesvorstand hoffe nun, daß in Göppingen Ruhe einziehe. Nach Erledigung dieser Sache kam eine neue Differenz. In dem Göppinger Parteiblatt erschien ein Bericht unter der Überschrift: Geld stinkt nicht, als dessen Verfasser der Redner den Gen. Westmeyer anspricht; in dieser Notiz wird einigen leitenden Genossen der Vorwurf gemacht, daß sie Berichte für die bürgerliche Presse schreiben. Diese Genossen versprachen dann, solche Berichte nicht mehr zu schreiben. — Für die Stimmung und Gereiztheit in der Partei zeugen die überaus zahlreichen Anträge auf Ausschluß von Genossen. Redner kommt nunmehr auf die bekannten Vorkommnisse bei der Stuttgarter Gemeinderatswahl zu sprechen.

Der Landesvorstand konnte Ausschlüsse nicht vornehmen gegen jene Genossen, die dem Beschluß der Parteiversammlung entgegen den Wahlzettel änderten, er konnte nur eine Rüge aussprechen, wie es denn der Landesvorstand mehr als seine Aufgabe betrachtet, zu schlichten, denn den vielfachen Ausschlußanträgen stattzugeben. — Ein erfreuliches Bild kann Hildenbrand geben vom Reichstagswahlkampf und der in dieser Zeit geleisteten Arbeit der Genossen. Der Erfolg war denn auch ein für die württembergische Partei befriedigender. — Mit dem Stichwahlkommen des Parteivorstandes erklärte sich der Landesvorstand einverstanden und empfahl es den Genossen, wenn auch er nicht völlig davon befriedigt war. Er hat es bedauert, daß auf Württemberg nicht besondere Rücksicht genommen werden konnte, aber es hätte geheißen den Parteivorstand desavouieren, wenn man den praktischen Vorschlag abgelehnt hätte. Die Genossen im Lande seien der Aufforderung des Landesvorstandes gefolgt Das Abkommen habe eine Schwächung der Konservativen gewollt, was auch gelungen sei. Redner ersucht die Landesversammlung, sich mit dem Vorgehen des Parteivorstandes und des Landesvorstandes einverstanden zu erklären.

Die zweistündige Berichterstattung Hildenbrands wurde mit großer Aufmerksamkeit und Ruhe entgegengenommen.

Nach der Erstattung des Kassenberichts, des Berichts über den Maifonds und die Parteidruckerei gab Genossin Zetkin den Bericht der Preßkommission. Sie bestreitet, daß der Landesvorstand bei der Anstellung ohne jede Rücksicht auf die Parteirichtung der Redakteure entscheiden wollte; es sei von beiden Seiten hierbei vielleicht gesündigt worden. Die Preßkommission habe es für ihre Pflicht und ihr Recht gehalten, ihre Entscheidung nach der parteitaktischen Richtung des Redakteurs zu treffen, sie habe sich aber durchaus von sachlichen Gesichtspunkten leiten lassen. Nicht der Landesvorstand habe ein besonderes Entgegenkommen damit gezeigt; daß die Preßkommission bei der Anstellung der Redakteure zugezogen worden ist, das war ein Beschluß der Landesversammlung. Auch die Preßkommission habe ausgleichend gewirkt, nicht im Sinne der Vertuschung, sondern in richtiger Würdigung der vorhandenen Kräfte. So konnte die Redaktion der Tagwacht eine Besetzung erfahren, die jetzt die Genossen befriedigt. Aufgabe der Presse und der Parteileitung müßte es sein, für die politische Schulung und grundsätzliche Vertiefung der Genossen Sorge zu tragen.

Bei Eröffnung der Debatte zum Bericht des Landesvorstandes sind bereits 37 Redner zum Wort gemeldet. Ein Antrag der Stuttgarter Delegierten, Westmeyer unbeschränkte Redezeit zu gewähren, wird nach einer Befürwortung durch Keil mit großer Mehrheit angenommen.

Westmeyer bezeichnet die Rede Hildenbrands als Kampfrede, die nicht geeignet sei, den Frieden in der Partei zu fördern. Redner verteidigt Radek gegen den Anwurf Hildenbrands, daß er als Redakteur noch nicht Parteigenosse gewesen sei, er war lange Zeit vorher schon Mitglied der polnischen Partei. Für die raffinierten Fälschungen — wie Gen. Müller vom Parteivorstand sie bezeichnet hatte —, die bei den Gemeinderatswahlen vorkamen, habe Hildenbrand viel Entschuldigung gehabt. Redner zitiert Bebels Worte

---

tag und wanderte seinem Hotel zu. Nach wenigen Schritten aber hatten ihn zwei seiner Zuhörer, denselben Weg verfolgend, eingeholt. Er ward gefragt, wie ihm Amerika gefalle, was ihn herüber getrieben aus der alten Welt, und Reichardt sprach von seiner Begeisterung für die Musik, der er nicht habe genügen können, von den engen Schranken, die in Deutschland auch im sozialen Leben jeder freien Regung gezogen würden. Bald war ein lebendiges, allgemeines Gespräch im Gange, das auch, als die Veranda des Hotels erreicht war, mit sichtlichem Interesse von Reichardts Begleitern fortgesetzt ward. Und als diese sich beim Läuten der Mittagsglocke endlich entfernten, machte sich in dem Begegnen des Wirts wie der Aufwärter eine Aufmerksamkeit gegen den jungen Deutschen geltend, die diesem ein Lächeln abzwang — er wußte doch nicht einmal die Namen seiner bisherigen Gesellschafter.

Als Reichardt nach beendeter Mahlzeit sein Zimmer betrat und seine Violine erblickte, kam es ihm fast vor, als habe er sich gegen sie einer Untreue schuldig gemacht. Er öffnete den Kasten; das Instrument war immer seine Busenfreundin gewesen, der er anvertraute, was unklar oder unausgesprochen in ihm wühlte. Und so begann er auch jetzt, auf- und abschreitend, im freien Spiele seinem Herzen Luft zu machen. Kaum zwei Minuten lang mochte er aber das Zimmer durchmessen haben, als sich auch leise die Tür öffnete und Bobs Gesicht sich vorsichtig hereinschob. Den Mund halb offen, die Augen starr auf den Spielenden gerichtet, blieb er eine kurze Weile in der Öffnung stehen; dann aber stellte er sich, behutsam die Tür hinter sich schließend, neben dem Türpfosten auf. Reichardt hatte ihn bemerkt, aber die Gewalt paßte gerade in seine Phantasien hinein, und so setzte er, ohne sich unterbrechen zu lassen, sein Spiel fort, bald in weichen Tonen Tönen klagend, bald in energischen Doppelgängen dem Schicksal Trotz bietend oder in vollen Akkorden und Arpeggios den Kampf mit ihm beginnend. Als er endlich, zur Klarheit sich hindurcharbeitend, mit einem kräftigen Schlusse geendet, blieb er vor dem regungslosen Schwarzen stehen und reichte diesem die Geige.

„Jetzt, Bob, laß' einmal hören, was Du kannst!“ sagte er; der Angeredete aber schüttelte mit einem verlegenen Grinsen den Kopf, während seine Augen sich dennoch gierig auf das Instrument richteten. „Ich kann bloß fiedeln in meiner Manier, Sir,“ sagte er, „vielleicht, wenn ich die Noten verstünd', könnt' ich auch anderes —“

Reichardt sah, wie des Schwarzen Finger sich unwillkürlich bewegten, um die Violine zu ergreifen, sich aber dennoch immer wieder jäh zurückzogen, und mit einem Lächeln stiller Beruhigung drückte er ihm das Instrument in die Hand. „Nur los, Bob!“ sagte er, „jeder tut, wie er es gelernt hat!“ und mit aufleuchtendem Gesichte leistete der Schwarze Folge. Gravitätisch setzte er den linken Fuß vor, die Augenbrauen zogen sich in einem Ausdruck tiefer Wichtigkeit zusammen, und nun sauste es los. In zappelnder, windschneller Bewegung fuhr der Bogen über die Saiten, bald nur die einzelnen Noten andeutend, bald andere Saiten mitklingend lassend, der linke Fuß trat den Takt, in kurzem aber folgte der Kopf der Bewegung und zuletzt auch der übrige Körper, schwingend die Tanzbewegung andeutend. Und immer ernster wurde das Gesicht, immer eifriger flog der Bogen, immer lauter trat der Fuß auf, bis der Spielende mitten in seiner sichtlichen Begeisterung plötzlich abbrach und ängstlich aufhorchte. Aber kein außergewöhnlicher Laut wurde hörbar, und mit einem scheuen Lächeln, den Kopf halb in die Schultern ziehend, gab der Schwarze die Violine zurück. „Ich dachte,“ sagte er, „ich hörte Masters Stimme, er sieht's nicht gern, wenn ich fiedele!“

Reichardt hatte in des Schwarzen Spiel eine derselben „Hornpiper“ erkannt, in welcher er sich selbst in Saratoga hatte hören lassen, und er konnte jetzt Harriets Empfindungen mehr als bisher verstehen; trotzdem lag, abgesehen von den äußerlichen Zutaten, etwas in der Weise, in welcher der Neger die Melodie variiert und verziert hatte, was auf mehr als gewöhnliches Talent deutete. „Ihr solltet im Osten sein und ordentlichen Unterricht haben, Bob,“ sagte er; „es könnte, da Ihr die Geige so lieb habt, noch etwas aus Euch werden!“

„Es könnte schon sein, Sir,“ erwiderte der Schwarze mit einem Grinsen des Vergnügens, „aber Bob ist ein armer Nigger, Sir, und wird sein Lebtag den Osten nicht sehen.“

„Und warum dürft Ihr nicht wenigstens hier spielen, wenn Ihr freie Zeit habt?“

„Ich hab's wohl ein bißchen zu viel getrieben, Sir,“ war die halbverlegene Antwort; „wo ich eine Geige hörte, da mußte ich hin, und des Nachts habe ich mich ein paarmal aus dem Hause geschlichen, bloß um mit zum Tanze spielen zu können. Mr. Curry sagte, das Tanzen sei eine von den schlimmsten Sünden und seine Dienstboten sollten nicht dazu helfen; ich dürfe keine Geige mehr anrühren, wenn ich nicht zur Feldarbeit vermietet sein wolle. Ich konnte es aber doch nicht lassen, und da hat er mich hier ins Hotel gegeben, wo ich ihm mehr einbringe — der Master hier aber sieht mir so scharf auf die Finger, daß ich heute zum ersten Male wieder zum Spielen gekommen bin. Können die freien Schwarzen im Osten besser als wir hier, Sir?“ fuhr er mit gedämpfter Stimme und einem furchtsamen Ausdruck von Neugierde fort.

„Hab' noch keinen gehört, Bob,“ erwiderte Reichardt, welchen diese Musikmanie zu amüsieren begann, „so viel ich aber verstehe, würdet Ihr's sicher mit jedem dort aufnehmen können!“

Das schmutzige Gelbschwarz im Gesichte des Negers schien dunkler zu werden; er sah scheu nach der Tür zurück und dann wieder in das Gesicht des jungen Mannes; dann aber, als habe er zu viel von seiner Erregung merken lassen, verzog sich sein Gesicht zu einem halbverlegenen Grinsen. „„Dank Ihnen, Sir, Dank Ihnen,“ sagte er, „aber Bob ist ein armer Nigger, der dem Mr. Curry gehört und der den Osten niemals sehen wird!“ Er schien wieder zu horchen, öffnete dann leise die Tür und schlüpfte vorsichtig hinaus.

„Sonderbare Kerls, diese Schwarzen!“ brummte Reichardt, lächelnd den Kopf schüttelnd, barg seine Violine wieder in den Kasten und suchte dann das in Neuyork beschaffte „Prayer-Book für Episkopalen“ hervor, um sich noch einmal die Ordnung des morgenden Gottesdienstes genau einzuprägen.

Reichardt glaubte noch nie soviel wirkliches Sonntagsgefühl in sich gehabt zu haben, als da er am nächsten Morgen nach einer sorgfältigen Toilette den Weg nach der Kirche einschlug. Eine laue, weiche Morgenluft durchwehte die sonnigen Straßen. Aus drei verschiedenen Richtungen klangen die einzelnen Schläge der Glocken, bald zusammen einen Akkord bildend, bald getrennt auf einander folgend, und ringsum herrschte die eigentümliche sabbatliche Stille amerikanischer Städte, nur unterbrochen durch die einzelnen im Festtagskleide hinschreitenden Kirchengänger. Reichardt war noch niemals ein großer Gläubiger gewesen und hatte in manchem Jahre seine heimatliche Kirche gar nicht besucht. Heute aber meinte er das Gefühl eines jeden, dessen Weg mit dem seinigen zusammenfiel, verstehen zu können; war er doch selbst, wenn er vor der Orgel saß, ein ganz anderer in seinem Empfinden und Denken, als im Alltagsleben, und die stille Spannung, mit welcher er der Entscheidung seines augenblicklichen Schicksals entgegen ging, trug nur dazu bei, seine Stimmung zu heben. Er erreichte das Chor der Kirche, während noch der schwarze Balgtreter sich hinter der Orgel abmühte, den Glockenstrang zu ziehen, und nahm einen Stuhl neben der Orgelbank ein; er war neugierig, die Leistungen seines Vorgängers zu hören.

Bald begann es sich um ihn auch von Damen und jungen eleganten Männern zu füllen, ohne daß indessen jemand besondere Notiz von ihm zu nehmen schien. Erst nach geraumer Weile erschien der alte Herr, welcher ihm gestern als Trustee der Kirche bezeichnet worden war, in Begleitung eines jüngeren und wandte sich, sobald er Reichardts ansichtig wurde, nach diesem. „Sie werden uns gewiß heute eine Probe ihrer Kunstfertigkeit geben,“ sagte er, „hier ist Mr. Young, welcher bisher den Gesang mit seinem Spiele geleitet hat; er wird ihnen jetzt in allem, worin Sie es wünschen sollten, Auskunft geben, und ist es Ihnen recht, so mögen sie gleich mit einer Einleitung beginnen.“ (Fortsetzung folgt.)

gegen das parteischädigende Treiben bei der Gemeinderatswahl. Damit sei die Entschuldigung Hildenbrands abgetan. Wenn das Usus in der Partei werden sollte, dann könnten ähnliche Zustände bei der bevorstehenden Landtagswahl eintreten. — Wenn in der Stuttgarter Parteiversammlung gegen die Beschlüsse der letzten Landesversammlung votiert wurde, so sei das das gute Recht der Genossen gewesen, das doch Hildenbrand für sich ebenfalls in Anspruch nehme. — Der Antrag auf dem Jenaer Parteitag war von 105 Delegierten unterschrieben, die Zustände in Württemberg bleiben doch kein Geheimnis in Württemberg, es tat sich also darin der Wille einer großen Anzahl Genossen kund. Nicht persönliche, sondern tiefe taktische und sachliche Differenzen über programmatische Punkte lagen den Streitigkeiten zugrunde, was vom Parteivorstand und auch von Hildenbrandt anerkannt worden ist. — Zu den Göppinger Differenzen wolle er nichts sagen, das überlasse er den berufenen Personen. Was er in der Sache getan und geschrieben habe, davon nehme er nichts zurück; die Angelegenheit werde ja noch den Parteitag beschäftigen. Radek ist nicht anwesend, dagegen nimmt Thalheimer an der Landesversammlung teil. Redner will schließen, auf Zurufe: Hungerbrief! ging er auf den bekannten Brief ein. Seine Entlassung, vom Parteivorstand mißbilligt, war ungerecht und eine Erschütterung seiner Existenz. Keil habe den Landesvorstand veranlaßt, ihm 2400 Mk. als Mitarbeiter zu bieten, als Vorsitzender der Stuttgarter Organisation habe er dies Anerbieten nicht annehmen können. Er hätte den Kampf der Stuttgarter damit illusorisch gemacht und wäre für 2400 Mk. zum Hundsfott geworden. Durch die Stuttgarter Wahlschwindeleien sollte er aus Stuttgart verdrängt werden. Er schäme sich nicht, daß Arbeiter in den Fabriken ihre Pfennige zusammengelegt haben, damit er für Frau und Kinder Brot kaufen konnte. (Große Bewegung.) Die Genossen, die ihm vertrauten, seien nicht wenige, und auf dieses Vertrauen der einfachen Genossen sei er stolz. (Lebhafter Beifall,)

**Roßmann-Ulm** will, daß die Genossen im Lande einen Einfluß auf die Haltung der „Tagwacht" ausüben, nicht die Stuttgarter allein, die „Tagwacht" sei Landesorgan. Ein Antrag Ulm ist im Sinne Roßmanns gehalten. Die größere Schuld am Göppinger Zusammenbruch treffe nicht die dortigen Parteigenossen sondern die unverantwortlichen Ratgeber in Stuttgart. (Beifall.)

Der Sonntagssitzung lag eine Resolution vor, die dem Landesvorstand ihr Vertrauen ausspricht und ihn in Schutz nimmt gegen die erhobenen Anwürfe. Ein Antrag wünscht, die Landesversammlung möge erklären, daß Westmeyer infolge seiner fortgesetzt parteischädigenden Tätigkeit Ehrenämter in der Partei nicht mehr bekleiden könne und daß die Partei es ablehne, die Verantwortung dafür zu übernehmen. (Zurufe: Ausschließen! Große Unruhe.) **Heymann** gibt zur Begründung eine Schilderung des Verhaltens Westmeyers. Als Heymann u. a. erklärt, Westmeyer habe mit höhnischer Miene zugesehen, wie ein Genosse mit Fäusten bearbeitet worden ist, war auf Minuten hinaus die Ruhe nicht wieder herzustellen. Erregte Zwischenrufe wurden laut und Heymann wird unter anderem wiederholt der Lüge bezichtigt. Heymann erklärt nach Wiederherstellung der Ruhe, das von ihm Gesagte mit seinem Eid decken zu können. Weiter erklärt Redner, die Stuttgarter Streitigkeiten hätten verschuldet, daß bei der Reichstagswahl nicht mehr Stimmen erobert worden seien. Es gäbe Genossen, die die Streitigkeiten auf das Land übertragen wollen. Redner sagt weiter, daß den Streitigkeiten weniger sachliche Momente zugrunde liegen, es sei ein Kampf um den Futtertrog. Er verlangt, daß die Landesversammlung gegen die Absägung des Genossen Lindemann in Göppingen Einspruch erhebe.

**Ebert** vom Parteivorstand: Gen. Braun habe schon gesagt, daß der Parteivorstand in recht lebhaftem Meinungsaustausch mit den württembergischen Genossen gestanden habe; leider sei er recht unliebsamer Natur gewesen. Nach dem Tätigkeitsbericht des Landesvorstandes bestand jedoch Hoffnung, daß die mühevolle Arbeit des letzten Jahres wenigstens zu einer Besserung geführt habe. Die Verhandlungen der Landesversammlung zeigen aber, daß das leider nicht der Fall ist. Die Zwistigkeiten seien jetzt schlimmer als je. Das sei mit Rücksicht auf die bevorstehende Landtagswahl und nach den Erfahrungen der Reichstagswahl zu bedauern. Partei- und Landesvorstand haben in Gemeinschaft mit den Leitern der Organisationen in einer Reihe Streitfragen eine Verständigung erzielen können; damit sollten die Differenzen zum Abschluß gebracht werden. Einzelheiten dieser Verhandlung von neuem aufrollen, hieße alte Wunden wieder aufreißen, und die Verhandlungen ergeben sich damit als zwecklos. Hildenbrand sei in der Beurteilung des Westmeyerschen Antrages an den Jenaer Parteitag über das Ziel hinausgeschossen, das war keine grobe Beschimpfung württembergischer Genossen. Nach Abgabe der Erklärung dagegen auf dem Parteitag hätten die Genossen sich beruhigen können. Der Parteitag wollte keine Stellung zu den Streitigkeiten nehmen, er wollte nur, daß Verhältnisse geschaffen würden, die ein Zusammenarbeiten ermöglichen. Die Kündigung und Entlassung der Redakteure hätten vor Aufnahme der Verhandlungen nicht erfolgen dürfen. Preßkommission, Landesvorstand und Parteivorstand haben eine Verständigung über die Haltung der „Tagwacht" herbeigeführt. Redner bedauert, daß die Preßkommission in ihrem Bericht vor aller Öffentlichkeit sich über die persönlichen Verhältnisse der bewerbenden Redakteure ausgesprochen habe. Das seien doch sehr delikate Dinge und jeder in der Partei sei sich darüber einig, daß sie vertraulich behandelt werden müßten. Erfreulich sei es, daß jetzt die „Tagwacht" über die Streitigkeiten hinausgehoben ist. Alle Anträge, die eine Abschaffung oder Änderung der Zusammensetzung der Preßkommission wollen, müßten abgelehnt werden, um eine neue Verschärfung des Streits zu vermeiden. Die Preßkommission und der Landesvorstand entscheiden doch gemeinsam über die Haltung der Presse. Den kleinen Blättern ein weiteres Recht einzuräumen, sei zu viel verlangt. Über die Göppinger Affäre wolle er sich nicht verbreiten, darüber würde wohl auf dem Parteitag noch ein ernstes Wörtchen zu reden sein. Verwundern aber müsse er sich, daß Thalheimer noch nicht Veranlassung genommen habe, zu reden, es seien doch von ihm Vorwürfe gegen den Landesvorstand erhoben worden. Wo bleibe Thalheimer? In der Göppinger Sache sei von einigen Genossen in parteischädigender Weise gehandelt worden. Doch ist, wie Hildenbrand sagte, nicht die ganze norddeutsche Parteipresse einseitig berichtet worden, sondern nur wenige Blätter. Objektive Berichte aus Württemberg zu erhalten, sei eben ungemein schwer, es gebe ja niemand mehr, der objektiv berichten könne. Wenn die Württemberger Genossen ernstlich bei sich Einkehr halten würden, müßten sie diesen Kampf gegen sich selbst aufgeben und versuchen, kameradschaftlich zusammenzuarbeiten. Die sachlichen Grundsätze sind da, sind aber nicht so groß, daß das nicht möglich ist. Mögen die Genossen dafür sorgen, daß die Landesversammlung einen Verlauf nehme, der der Partei würdig ist.

Gen. **Thalheimer** beschränkt sich auf eine trockene protokollarische Erklärung, in der er betont, daß die Ulmer Genossen seinen Rücktritt von der Redaktion bei der Sanierung in Göppingen erzwingen wollten. Die Auslassungen des Landesvorstandes wolle er übergehen, es genüge ihm, wenn er das Vertrauen vieler Genossen habe.

**Crispien**, der leitende Redakteur der „Tagwacht" erklärt, daß er sich der größten Zurückhaltung befleißigt habe an dem Württemberger Streit, daß aber von anderen Genossen das gleiche gegen ihn nicht geübt worden ist. Er verwahrt sich dagegen, daß die württembergischen Blätter alles nehmen müßten, was die „Tagwacht" berichtet. Er nehme nicht, wie Roßmann behauptet hatte, von Pannekoek, er habe auch Stampfersche Berichte, auch von Keil, Hildenbrand und Roßmann, von Radek nicht, weil er den Radek für parteischädigend halte und weil die „Tagwacht" ohne ihn auskomme. Die Kollegen in der „Tagwacht" lehnen es ab, sich von Roßmann die Richtung vorschreiben zu lassen. Sie hätten bisher kameradschaftlich zusammengearbeitet und waren stets zu einer Einigung gekommen.

Die Diskussion wird geschlossen und es entspinnt sich zwischen Keil und Westmeyer eine große Kontraverse. Keil erklärt in einer persönlichen Bemerkung, daß die Lieferung von Kommissionsberichten aus dem Landtag seit langer Zeit erfolgt ist. Der Artikel Westmeyers in Göppinger Blatt machte ihm zum besonderen Vorwurf, daß er Berichte für ein bürgerliches Pressebureau geliefert habe. Mit diesem bürgerlichen Bureau stehe die „Tagwacht" seit 20 Jahren in engster Beziehung und Westmeyer wußte das. Westmeyer widerspricht dem, nur auf Anfrage bei dem bürgerlichen Bureau habe man aus Gefälligkeitsgründen Antwort gegeben. Gegen Lieferung von Berichten an die bürgerlichen Bureaus durch Landtagsabgeordnete hätte er sich entschieden gewandt, da er das für unvereinbar halte mit der Stellung eines Landtagsabgeordneten. Keil erklärt demgegenüber, daß Westmeyer bei einer Konferenz habe zugeben müssen, daß er davon gewußt habe.

Hierauf nahm **Hildenbrand** das Schlußwort. Er betont, daß der Landesvorstand sich redliche Mühe gegeben habe, diese Dissonanzen zu beheben. Er spreche die Meinung weiter Kreise aus, wenn er sage, daß sie diese Streitigkeiten endlich satt haben. Derjenige Genosse, der jetzt noch fortfahre, zu stören, würde mit Recht vom Landesvorstand zur Ordnung gerufen und eventuell ausgeschlossen werden. (Lebhaftes Händeklatschen.) Der Landesvorstand wird dafür sorgen, daß die Parteivergiftung ein Ende nimmt. Er ersuche, alle Anträge abzulehnen, die geeignet erscheinen, die Verbitterung in Stuttgart weiter zu führen. Hildenbrand bespricht dann noch einmal den Fall Radek, wobei große Unruhe entsteht. Er fährt fort: Dieser Mann, der sei, wie jetzt dem Parteivorstand mitgeteilt worden ist, von der polnischen Parteiorganisation ausgeschlossen worden. (Händeklatschen und minutenlange Unruhe). Der Landesvorstand ist der Meinung gewesen, daß, wenn es sich um Geld der Partei handelt, polnische Nichtgenossen nicht dazwischen reden dürften. — Westmeyer bemerkt dazu, daß erst untersucht werden müsse, ob Radek zu Recht ausgeschlossen ist; dann sei Radek für uns erledigt. Zur Zeit aber, als Radek in Göppingen Redakteur war, war er Mitglied der polnischen Organisation.

Es kommt nun zur Abstimmung. Eine Resolution, in der die Landesversammlung mit Bedauern Kenntnis nimmt von den Vorgängen der letzten Kreisgeneralversammlung und die den Landesvorstand und den Parteivorstand beauftragt, die Entwicklung der Parteiorganisation im ersten württembergischen Kreise im Sinne der Gesamtpartei zu sichern, wird angenommen.

Eine Resolution, die dem Landesvorstand ihr Vertrauen ausspricht und verurteilt, daß in der Göppinger Affäre wahrheitswidrige Berichte in die Presse gesandt worden sind, wurde ebenfalls angenommen.

Der Antrag, daß Westmeyer Ehrenämter nicht mehr bekleiden könne, wird zurückgezogen.

Die Resolution, die eine Änderung in der Besetzung der Preßkommission wünscht, wird auch zurückgezogen.

Nunmehr gibt Genosse **Keil** den Bericht über die Landtagstätigkeit. Er betont, daß die Landtagsfraktion praktische Politik getrieben habe und jede Verkleinerung des Parlamentarismus und dafür Einführung der Pannekoekschen Taktik ablehne. Redner bespricht in längeren Ausführungen die bürgerlichen Parteien Württembergs und die Stellung unserer Partei zu ihnen. Im Reichstag sei die Mehrheit des schwarzblauen Blockes gebrochen, es müsse dafür gesorgt werden, daß im württembergischen Landtag der schwarzblaue Block nicht erst aufkomme. Das Beispiel in Bayern wirke abschreckend. In Württemberg habe man Aussichten, daß Politiker a la Hertling Einfluß auf die Regierung gewinnen. Die Sozialdemokratie stehe unabhängig in dem Wahlkampf und führe ihn grundsätzlich, sie werde keine Milde walten lassen, weder gegen die Volkspartei noch gegen die Nationalliberalen. Nachdem die Kräfte sich im ersten Wahlgang gemessen, werde zu entscheiden sein, wie im zweiten Wahlgang unsere Kräfte zu verwerten seien. Wenn aber die bürgerliche Linke keine scharfe Grenze zieht zwischen sich und der Reaktion, kann sie nicht auf Unterstützung durch die Sozialdemokratie rechnen. Zu fordern sei der Landesproporz, nachdem der Teilproporz sich bewährt habe. Mehrere Anträge verlangen, die Rede Keils als Broschüre herauszugeben. In der Diskussion erklärten sich die Redner einverstanden mit den Ausführungen Keils. Es wird ein Antrag angenommen, der dem Landesvorstand, Landtagsfraktion und Redaktion der Parteipresse den Auftrag erteilt, ein Wahlprogramm auszuarbeiten. Ein Antrag Roßmann, der die parlamentarische Tätigkeit der Landtagsfraktion gutheißt, wird angenommen. Hildenbrand spricht noch über das neue Organisationsstatut und verlangt Ergänzung des Parteivorstandes durch einen Parteiausschuß. Die Landesversammlung stimmt dem zu und Hildenbrand wird als Ausschußmitglied bestimmt.

Als Vorsitzender des Landesvorstandes wird Hildenbrand wiedergewählt.

## Politische Familiengeschichten.

Im Verlag von Wilhelm Borngräber erscheinen demnächst **Briefe Gustav Freytags** an seine Frau, die manchen interessanten Einblick in die Gänge der Hohenzollernschen Familienpolitik der 80er Jahre eröffnen. Freytag war mit dem Kronprinzen und späteren Kaiser Friedrich sowie mit dem Herzog Ernst von Koburg, den er in seinen Briefen als „Ernst Dux" bezeichnet, befreundet und hatte in der Zeit, aus der die Briefe stammen, Gelegenheit, mancherlei kennen zu lernen, was der profanen Welt verborgen bleibt. Schon die Auszüge aus der bevorstehenden Veröffentlichung, die in der Berliner „Täglichen Rundschau" wiedergegeben werden, enthalten mancherlei Interessantes. So schildert Freytag zum Beispiel, einer Erzählung des Koburgers folgend, eine Familienszene, die sich zwischen dem kranken Kaiser Friedrich und seiner Frau wegen der bekannten Battenberger Angelegenheit im Mai 1888 abspielte:

Er (der Herzog) brachte einen Brief des Kronprinzen an ihn hervor, in welchem dieser die Battenberger Verhandlungen erzählt. Der Kaiser (Friedrich) hat den Großherzog von Baden beauftragt, wegen des Battenbergers Bismarck zu benachrichtigen, daß er die Heirat wolle; darauf Bismarck: Eher werde er abgehen, als das zugeben. Darauf Konferenz Bismarcks mit dem Kaiser selbst, in Gegenwart des Kronprinzen und des Großherzogs von Baden. Der Kaiser schreibt auf einen Zettel, daß er dem Battenberger den Pour le mérite geben wolle, darauf Bismarck: das sei unmöglich, und er setzt die ganze politische Lage auseinander, solches Poussieren des Battenbergers bringe sicher den Krieg mit Rußland. Seine Gründe sind so überzeugend, daß der Kaiser alles einsieht und erklärt, unter diesen Umständen gebe er den ganzen Plan auf. Da dringt die Kaiserin (Viktoria) herein, wendet sich heftig gegen ihren Mann, er habe ihr sein Ehrenwort gegeben, daß Alexander Battenberg ihr Schwiegersohn werden solle; sie wütet, der Kaiser stöhnt und schlägt mit beiden Fäusten auf den Tisch im Jammer, daß er nicht sprechen kann, endlich richtet er sich auf, packt sie bei der Hand und führt sie zur Tür, die er hinter ihr schließt. Alles in Gegenwart der Erwähnten. Dann sinkt er zurück und kann den Tag darauf das Bett nicht verlassen.

Über eine Entzweiung zwischen Wilhelm II. und seiner Mutter wird dann folgendes berichtet:

„Dux war nach der Bestattung (Kaiser Friedrichs) mit dem jungen Kaiser eine Stunde allein, am Tage seiner Abfahrt noch eine Stunde mit Kaiserin Viktoria. Diese schluchzte im Anfang sehr: Mann verloren, Kinder verloren, weil diese ihr feindlich seien, keine Heimat mehr, denn hier kann ich nicht bleiben, bin ganz elend. Dann wurde sie sehr böse auf den Sohn. Ihr ist als Witwensitz Homburg oder Wiesbaden angeboten, sie hat Wiesbaden gewählt. Aber ich denke und hoffe, sie wird überhaupt nicht in Deutschland bleiben."

Recht amüsant wirkt dagegen die Wiedergabe eines Zwiegesprächs zwischen Wilhelm II. und Bismarck aus derselben Zeit:

„Der neue Kaiser steht mit dem Kanzler zunächst in festem Einvernehmen, und das wird wohl eine Zeitlang aushalten. Eine Probe davon, die er selbst erzählte. Er sagte dem Kanzler im Eifer: „Da haben Durchlaucht etwas Dummes gemacht", worauf Bismarck: „Nun, gebe der Himmel, daß Ew. Majestät nie eine größere Dummheit begehen mögen."

Die Battenberger Heiratsgeschichte führte 1888 die alte Königin Viktoria von England nach Deutschland. Darüber erzählt Freytag:

„Der Besuch der Königin von England hat eine Wirkung gehabt, welche von der Kaiserin Viktoria nicht beabsichtigt war. Die Königin ist nach einigen langen Unterredungen mit Bismarck ganz auf seine und des Kronprinzen Wilhelm Seite getreten. Der Kanzler hat die Dame ganz für sich zu gewinnen gewußt, er hat ihr auch in der Battenberger Frage gesagt: Seien Ew. Majestät Richterin, hat ihr die ganze Sache dargestellt, und sie hat ihm zugestimmt und ist in Gegnerschaft gegen die Tochter abgereist. Es wird also auch mit England ein gutes persönliches Verhältnis der Regierenden zu hoffen sein. Und da Österreich durch seine Verhältnisse genötigt ist, fest zum Bündnis zu bleiben, so haben wir zunächst wohl auf äußern Frieden zu hoffen."

Schließlich wird der jugendliche Wilhelm II. folgendermaßen charakterisiert:

„Seine Gefahr ist eine unerprobte prinzliche Zuversicht zu sich selbst. So sehr solch stolzes Vertrauen Voraussetzung zu festem und großem Handels ist, so liegt auch die Gefahr jugendlicher Selbstüberhebung auf seinem Wege. Und sie wird durch die Masse der andringenden Schmeichler gesteigert. Seinem armen Vater fehlte diese Mitgift des Selbstgefühls völlig, er hatte zunächst immer ein Gefühl der Verwirrung und Hilflosigkeit gegenüber neuen Zumutungen. Und die Großmutter Augusta sagte das Richtige, als sie dem jungen Herrn neulich riet, nie dem Rat eines Schmeichlers zu folgen."

Alle diese Intimitäten und häuslichen Szenen wären für die Mitwelt herzlich belanglos, stünden sie nicht, wie aus den Briefen selbst zur Genüge hervorgeht, in engster Wechselwirkung mit den Vorgängen der „großen" Politik. Die Schicksale der Völker erscheinen hier auf die Angelegenheiten einer einzigen Familie reduziert, in der es, wie man sieht, nicht immer ohne Zwistigkeiten zugeht. Krieg und Frieden scheinen nur davon abzuhängen, ob die Großmutter im häuslichen Streit auf die Seite der Tochter oder die des Enkels tritt.

Natürlich wird auch die innere Politik von höfischen Treibereien und häuslichen Stimmungen stark beeinflußt. So wird der an sich gewiß nicht beklagenswerte Rücktritt Puttkamers, des Ministers des Sozialistengesetzes, auf geheime Machenschaften zurückgeführt. Es wird behauptet, daß der ungnädige Brief Kaiser Friedrichs an den Minister gar nicht von Friedrich herrühren könne, da er damals schon nicht mehr imstande gewesen sei, ihn zu diktieren. Auch die Echtheit der Unterschrift wurde bezweifelt. Bismarck, der nach Freytags Meinung mit der Entlassung Puttkamers einverstanden war — „er war zu sehr Junker und wurde lästig" —, erklärte sich jedoch gegen jedes Nachforschen und nahm den Rücktritt als eine gegebene Tatsache.

Heute kann es wohl nicht mehr passieren, daß ein Minister lästig wird, weil er zu sehr Junker ist. Heute aber wie damals hängt die Gestaltung der innern Politik wie das äußere Schicksal des deutschen Volkes noch fast ganz von höfischen Vorgängen und Stimmungen ab. Und liberale Fürstendiener halten das für ganz natürlich.

## Richter als Stipendiaten des Ostmarkenfonds.

Der „Frankf. Ztg." wird folgende interessante Mitteilung gemacht:

„Als im vorigen Jahre bei der Beratung des Justizetats im preußischen Abgeordnetenhause der Abgeordnete Liebknecht die Gewährung der Ostmarkenzulage an richterliche Beamte scharf bekämpfte, konnte ihn der preußische Justizminister dadurch dem Anschein nach leicht widerlegen, daß er ausführte, die „Ostmarkenzulage" würde an Richter wie überhaupt an höhere Beamte im gemischsprachigen Osten gar nicht verliehen. Sachlich aber hatte dieser Abgeordnete mit seinen Ausführungen recht. Ebenso wie andere „höhere Beamte" erhalten auch Richter mit Kindern im erziehungspflichtigen Alter auf ihr besonderes Nachsuchen im Falle ihrer Würdigkeit und Bedürftigkeit ganz nach diskretionärem Ermessen der Regierung „Erziehungsgeldzuschüsse" von recht beträchtlicher Höhe (jährlich etwa 800 M bis 1000 M) bis etwa zur erreichten Volljährigkeit der Kinder; ja zum Teil, wenn etwa der Sohn Referendar ist, noch lange darüber hinaus. Unseres Erachtens entsprechen diese bittweise und auf jederzeitigem Widerruf gewährten Vergünstigungen in keiner Weise der Stellung des richterlichen Amtes. Es liegt uns ganz fern, etwa den Verdacht aussprechen zu wollen, als ob durch diese finanzielle Abhängigkeit des Richters vom Wohlwollen der politischen Regierungsbehörden — die Mittel zu den Zuschüssen werden dem „Ostmarkenfonds" der Oberpräsidenten in Danzig und Posen entnommen — seine Pflichttreue und Objektivität in der Ausübung des richterlichen Amtes an sich Schaden nehmen müßte. Aber es muß auch Rücksicht auf die Anschauung und Stimmung der polnischen Bevölkerung genommen

werden. Welchen Eindruck muß es auf den Angeklagten in einer Vereinssache oder einem sonstigen politischen Prozeß machen, wenn er weiß, daß der betreffende Schöffenrichter oder Vorsitzende der Strafkammer und mit ihm womöglich der eine oder andere Beisitzer Stipendiatendes Ostmarkenfonds der Regierung sind? Und wie muß das Vertrauen zu der Rechtspflege — allerdings hier ohne zureichenden Grund — erschüttert werden, wenn der Richter, wie wir stets annehmen, mit gutem Grund zu einem Schuldspruch gelangt? Das könnte leicht vermieden werden. Dazu kommen natürlich auch beim Richter alle die Gründe, die auch bei anderen Beamten im Osten Erziehungsgelder als höchst bedenkliche Waffe in Händen der Regierung erscheinen lassen, um sich ein ihr völlig gefügiges, politisch willenloses und mundtotes Beamtentum zu schaffen. Der betreffende Stipendiat braucht sich ja nur in einem den jeweiligen Machthabern unliebsamen Sinn zu betätigen, und die stets widerrufliche Erziehungszulage wird ihm alsbald genommen. Ein solches Regiment mit Zuckerbrot und Peitsche hat die schwersten ethischen und politischen Bedenken; vor allem widerstrebt es aber unsern Empfindungen über die Würde und Unabhängigkeit des Richterstandes von der Regierung."

Daß die „Frankf. Ztg." ohne weiteres sämtliche Richter für unbeeinflußbar hält, gehört zur liberalen Tradition von der „Unabhängigkeit des Richterstandes" — eine Tradition, die jeder tatsächlichen Grundlage entbehrt.

## Aus Nah und Fern.

**Eine mißglückte Ovation.** Der „Frankfurter Zeitung" wird aus Halle a. S. geschrieben: Anläßlich des Empfanges des Kronprinzen in Schkopau bei Merseburg, wo er als Vertreter des Kaisers weilte, spielte sich eine nette Episode ab: Vor dem Ehrentore, das der Bildhauer Juckoff entworfen hatte, stellte sich der Rat der Gemeinde und außerdem der Kriegerverein auf, um dem „hohen Gaste" einen würdigen Empfang zu bereiten. Da es nun wie ein Fluch über dem von dem Kaiserhause bevorzugten Dörfchen ruht, daß alle großen Ovationen gewöhnlich auf irgend eine Weise scheitern müssen, so nahmen die patriotischen Einwohner diesmal bereits eine Stunde vor der angekündigten Ankunft des Kronprinzen Aufstellung, um sie auf keinen Fall zu verpassen. Aber das Wetter war sehr schlecht. Es regnete unaufhörlich. Da sagten sich der Gemeinderat und der Kriegerverein von Schkopau, es ist doch nicht so angenehm, von außen naß zu werden, wie von innen, und begaben sich in eine in der Nähe liegende Kneipe. Wie sie nun alle gemütlich beim Schoppen saßen, um ihr patriotisches Gefühl zu stärken, da ertönte plötzlich das bekannte Signal „Ta—ti ta—taa", und noch ehe sich die Herren den Bierschaum aus dem Barte gewischt hatten, war das Auto des Kronprinzen bereits durchgefahren. Nur der Fahnenträger besaß Geistesgegenwart genug, die Fahne zu ergreifen und dem kronprinzlichem Auto mit lautem Hurrarufen nachzustürzen. Doch das Auto fuhr zu schnell und der Fahnenträger konnte die Situation nicht retten. Der Gipfel der Komik ist aber, daß ein derartiger Reinfall den Braven schon einmal vor einigen Jahren passierte. Die Folge davon war, daß man Trost beim Biere suchte. Dabei kam man so sehr in Meinungsverschiedenheiten über die Wirkung der Ovation, daß die Situation nur verwickelter wurde, so daß man aus dem Menschenknäuel nur noch Rufe vernahm, die alles andere, nur nicht patriotische Ovationen waren.

**Unternehmer als Agents provocateurs.** Eine großes Aufsehen erregende Meldung, die ein grelles Licht auf amerikanische Unternehmerpraktiken wirft, wird dem Londoner „Daily Chronicle" aus Boston telegraphiert. Dort hat der Millionär Pitman, Eigentümer mehrerer großer Webereien, durch Selbstmord seinem Leben ein Ende gesetzt. Kurze Zeit vor seinem Tode soll er ausgesagt haben, daß ein mächtiger Verband von Webereien im Staate Massachusetts vorhanden sei, der sich gebildet habe, um den Syndikalismus und die Ausstandsbewegungen ernstlich zu bekämpfen. Zu diesem Zwecke soll der Verband Banditen angenommen und bezahlt haben, um Feuersbrünste anzulegen, Dynamitattentate zu verüben und Schlägereien zu organisieren. Diese verbrecherischen Maßnahmen haben beispielsweise bei dem Ausstand in Lawrence zu großem Unheil geführt. Die Methode durch bezahlte Verbrecher die Arbeiterbewegung zu diskreditieren, ist ja während des Sozialistengesetzes verschiedentlich mit mehr oder weniger Erfolg geübt worden. Wir erinnern nur an die Lockspitzel Haupt und Schröder, an den Polizeikommissar Wohlgemuth aus Mühlhausen, dessen wüste Lockspitzelei in der Schweiz schließlich zu seiner Verhaftung führte, an den Zuchthäusler Schmidt aus Dresden, der im Auftrage der Polizei in Zürich „wirkte", u. a. „Wühlen Sie tüchtig darauf los!" war der Schlachtruf preußischer Polizeibeamter, unter denen sich das tägliche Spitzelgesindel zu provokatorischen Heldentaten sammelte, wie auch preußische Polizeigelder reichlich flossen, um anarchistische Blätter zu subventionieren und Dynamitattentate vorzubereiten. Die von den amerikanischen Unternehmern geübte Propaganda ist also weder neu noch zu unwahrscheinlich, wenn sie auch im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten größere Dimensionen annimmt. Die verbrecherische Taktik zeigt aber, welche Mittel die Kapitalisten benützen, um eine noch größere Ausbeutung ihrer Lohnsklaven zu erzielen. Die Antwort eines jeden denkenden Arbeiters kann nur sein: Hinein in die Organisationen der klassenbewußten Arbeiterschaft!

**Unfall eines Zeppelinkreuzers.** Aus Köln wird telegraphiert: Als der Luftkreuzer Z. 2 Sonnabend mittag zu einer Fernfahrt aus der Halle gebracht wurde, erfaßte ihn ein Windstoß, der ihn gegen das Tor der Halle drückte, wobei die Steuerung einen Defekt erlitt. Infolge des starken Windes mußten die Bedienungsmannschaften die Haltetaue loslassen, das bemannte Luftschiff, dessen Motore angekurbelt waren, erhob sich vom Erdboden und stieß einen Schornstein um, konnte aber dann wieder zum Landen gebracht werden. Das Luftschiff erlitt einen Defekt an der Steuerfläche, zwei Propeller wurden beschädigt und außerdem einige Gaszellen eingeknickt. Bei den Bergungsarbeiten wurden zwei Leute leicht verletzt.

**Das Liebesdrama des Gymnasiasten.** Dem „Burgstädter Anzeiger" zufolge wurde am Freitag abend um 10½ Uhr bei Mittelwittgendorf die sechzehnjährige Tochter des Lehrers Edelmann von dem zwanzigjährigen Gymnasiasten Vogel aus Chemnitz durch drei Messerstiche tödlich verletzt. Vogel brachte sich dann ebenfalls einen Dolchstich bei und rannte nach der Wohnung der Eltern der Edelmann, welchen er erzählte, was er getan habe. Der Gymnasiast wurde in das Krankenhaus gebracht. Der Beweggrund der Tat ist Liebesgram.

**Drei Soldaten vom Blitz erschlagen.** Bei den Schlußmanövern des 15. und 16. Korps in Serajevo wurde eine Militärpatrouille des 51. Infanterieregiments von einem Gewitter überrascht. Der Blitz schlug in die Gruppe der Soldaten, von denen drei auf der Stelle getötet, einer schwer verletzt wurde.

**Pilzvergiftungen.** Aus Paris wird gemeldet: In dem Dorfe Barlin im Departement Pas-de-Calais erkrankte die gesamte Familie des österreichischen Bergmannes Jernischk nach dem Genuß eines Gerichtes im Walde gesammelter Pilze. Die 39jährige Frau, fünf ihrer Kinder im Alter von 5—13 Jahren und der in ihrem Hause als Pensionär wohnende österreichische Bergmann Resen sind gestorben. Drei andere Familienmitglieder liegen im Sterben.

**Bootsunglück.** In der Nacht zum Sonntag kenterte auf dem Rummelsburger See ein Boot mit acht Insassen. Drei Personen ertranken.

**Schreckenstaten eines Irrsinnigen.** Furchtbares Unheil hat am Freitagabend in der schweizerischen Ortschaft Romanshorn ein wegen Geisteskrankheit kürzlich aus dem Militärdienst entlassener Soldat Hermann Schwarz angerichtet. In einem Tobsuchtsanfalle verbarrikadierte Schw. sich in seiner Wohnung und schoß aus einem Ordonnanzgewehr von 6½ Uhr bis nach 11 Uhr auf die Passanten und auf die Leute, die das Haus stürmen wollten. Schwarz tötete vier Personen, verletzte eine tödlich und sieben zum Teil schwer. Als das Haus nach 12 Uhr erstürmt werden konnte, war der Irrsinnige verschwunden. Schließlich wurde er von der Polizei aufgefunden und, nachdem er noch einen Verfolger erschossen hatte, überwältigt. Insgesamt hat er sieben Personen getötet und mehrere schwer verletzt.

**Infolge der Hitze** sind in Ohio 70 Erwachsene und 60 Kinder erkrankt. In Chikago starben 4 Personen an Hitzschlag.

**Schwerer Verkehrsunfall.** Während der Fahrt des Abend-D-Zuges 58 von Frankfurt a. M. nach München ereignete sich am Freitag bei Station Winterschneibach ein schwerer Unglücksfall. Ein auf den Schienen spielendes Kind wurde überfahren und sofort getötet. Der Lokomotivführer wurde vor Schreck vom Schlage getroffen und in Treuchtlingen tot von der Maschine gebracht.

**Risiko der Arbeit.** Beim Bau der Kleinbahn Demmin-Stavenhagen hat sich ein bedauerlicher Unfall ereignet. Der Wagen eines Arbeiterzuges entgleiste, stürzte um und begrub seine Insassen unter sich. Ein Arbeiter wurde getötet, ein andrer erlitt lebensgefährliche Verletzungen.

**Schweres Schiffsunglück.** Der argentinische Dampfer „Colartine" ist in der Nähe von Rio Grande untergegangen. Die gesamte Mannschaft ist ertrunken. Zwei Leichen und Trümmer des Schiffes wurden aufgefunden.

**Im Kampfe mit Einbrechern.** Eine aufregende Verbrecherjagd hat sich in der vergangenen Nacht in Westfalen durch das ganze Ennepetal hingezogen. In Haspe wurden Diebe beim Einbruch in das Kontor der Firma Bölling überrascht. Als ein Polizeibeamter eindrang, wurde er von den Verbrechern mit Revolverschüssen empfangen und brach schwer verletzt zusammen. Die Diebe, 4—5 Personen, entkamen und flüchteten die Enneper Straße hinab. In Vogelsang streckten sie einen ihnen entgegentretenden Beamten gleichfalls durch Revolverschüsse nieder. Die von der Flucht benachrichtigte Polizei in Milspe stellte dort die Verbrecher. Es kam zu einer regelrechten Schlacht. Ein Polizeiwachtmeister und ein Schutzmann wurden schwer verletzt. Ein anderer Beamter erlitt Streifschüsse. Von den Einbrechern wurde einer, ein 40jähriger Arbeiter aus Barmen, kampfunfähig gemacht und festgenommen. Die anderen entkamen in der Dunkelheit.

**Vergiftung durch Methylalkohol.** Obgleich die große Giftigkeit des Methylalkohols jetzt doch wohl überall genügend bekannt geworden ist, kommen immer noch tödliche Vergiftungen durch ihn vor. So verstarb kürzlich im Kreiskrankenhause in Reinickendorf ein dort aufgenommener Schriftsetzer, der als starker Trinker und Raucher bekannt war, zwei und eine halbe Stunde nach seiner Aufnahme. Das Ergebnis der Obduktion war, wie Dr. v. Schlichting in der „Med. Klinik" mitteilt, daß schwere Veränderungen des Magens durch die Wirkungen des Giftes stattgefunden hatten, das im Magen gefunden wurde und das als Methylalkohol identifiziert werden konnte. Es wurde festgestellt, daß der Mann an seinem Todestage in seiner Stammkneipe, nachdem er Hering gegessen, „schlesischen Korn" getrunken hatte, in dem sich Methylalkohol nachweisen ließ. Im übrigen wich das Ergebnis der Sektion von den Sektionsergebnissen der nach den Weihnachtsfeiertagen verstorbenen Asylisten nicht ab. Der Fall zeigt, daß Methylalkohol auch für einen chronischen Alkoholisten ein tödliches Gift ist, und daß die Aufsicht über die Spirituosenhändler und -fabrikanten in dieser Hinsicht noch weiter nötig ist.

**Ein Edelster der Nation.** Der Vetter des Großherzogs von Sachsen-Weimar, der sechsundzwanzigjährige Graf Hermann v. Ostheim und frühere Prinz von Sachsen-Weimar, der schon öfter durch seine finanziellen Angelegenheiten von sich reden machte und auch in Berlin nicht unbekannt war, ist jetzt wieder in Konkurs geraten. Ein Telegramm meldet hierüber aus London: Gegen den ehemaligen Prinzen Hermann Karl von Sachsen-Weimar, jetzigen Grafen von Ostheim, wurde das Konkursverfahren eröffnet. Den Antrag zur Konkurseröffnung hatte ein Geldverleiher gestellt, dem der Graf 20 000 Mk. schuldet. Der Prüfungstermin ist auf den 22. Oktober angesetzt worden. Der ehemalige Prinz und jetzige Graf stand als Offizier im Gardekürassierregiment, wurde aber schon nach kurzer Zeit nach Saarburg versetzt, weil er sich infolge seiner finanziellen Schwierigkeiten in Berlin nicht mehr halten konnte. Jedoch auch die Versetzung in die „kleine Garnison" konnte den leichtlebigen Prinzen nicht davor bewahren, daß er seinen Abschied nehmen mußte. Im Jahre 1903 geriet er bereits in Konkurs, als er Schulden in Höhe von 80 000 Mk. nicht bezahlen konnte. Im folgenden Jahre verzichtete er auf Namen, Rang und Titel eines Prinzen des großherzoglichen Hauses von Sachsen-Weimar und verheiratete sich in London mit der italienischen Soubrette Wanda Paola Lottero. Er erhielt vom Großherzog von Sachsen-Weimar für sich und seine ehelichen Nachkommen den Namen und Rang eines Grafen von Ostheim und lebte seither in London. Trotz mehrfacher pekuniärer Unterstützung durch seine fürstlichen Verwandten kam er nicht aus den Geldschwierigkeiten heraus.

## Literarisches.

**Kommunale Praxis.** Für Kommunalpolitiker, Stadtverordnete, Gemeindevertreter sowie besoldete und unbesoldete Gemeindebeamte ist die Lektüre der Kommunalen Praxis, Zeitschrift für Kommunalpolitik und Gemeindesozialismus, von großer Bedeutung, da sie in ihren Wochenheften eine fortdauernde Übersicht über alle Vorgänge auf dem Gebiete des deutschen Gemeindelebens — soweit sie von allgemeinem Interesse sind — bietet und auch sonst zu allen Fragen Stellung nimmt, die für Interessenten der Gemeindepolitik von Wichtigkeit sind. Die Kommunale Praxis kostet pro Quartal 3 Mk. und ist durch alle Buchhandlungen, Speditionen und Postanstalten zu beziehen. Einzelnummern kosten 30 Pfg. Probehefte liefert der Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW. 68, kostenlos.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Jedes Heft ist reich illustriert!

# Blut und Eisen

**Krieg und Kriegertum in alter und neuer Zeit** von **Hugo Schulz.**

Unter diesem Titel erscheint ein neuer Band der von der Buchhandlung Vorwärts herausgegebenen **„Kulturbilder"**. In zusammenhängenden historischen Streifzügen zeigt der Verfasser, welche Rolle der Krieg im Leben der Kulturmenschheit gespielt hat, welche Greuel er gestiftet, welche Verwüstungen er angerichtet, aber auch, welche Kräfte er geweckt und in welcher Weise er auf die innere Entwickelung der Völker zurückgewirkt hat. Aus der Kriegsgeschichte wird sich die Militärgeschichte erschließen, und allenthalben wird der Leser sehen, wie sehr auch die Formen des Kriegführens durchaus abhängig sind von den wirtschaftlichen Grundlagen des Lebens ihrer Zeit. Der Verfasser zeigt, wie auch in der Wehrverfassung die sieghafte Stärke des demokratischen Prinzips sich Bahn gebrochen hat. **Porträts, Schlachtenbilder, belagerte Städte, Darstellungen von Kriegsgreueln, Soldatentypen, Spottbilder** und **Waffengattungen** sollen die lehrreichen Darlegungen veranschaulichen und beleben.

Das Werk erscheint in 50 Lieferungen à 20 Pfg. — Wöchentlich wird ein Heft ausgegeben.

Zu beziehen durch die **Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 46,**
sowie deren Kolporteure und Austräger.